



# Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Zaira Esposito (SP), Daniel Gmür (SP), Pascal Pfister (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Salome Besenich (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR ..... 2



## Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 17. Dezember 2025, 09:00 Uhr

## 56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

[17.12.25 09:00:15]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Wechsel des Fraktionspräsidiums bei der SP

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab 1. Januar 2026 Melanie Nussbaumer das Fraktionspräsidium übernehmen wird. Sie wird dabei von den beiden Vizefraktionspräsidenten Claudio Miozzari und Beda Baumgartner unterstützt.

### Letzte Sitzung Alexandra Dill

Heute hat Alexandra Dill ihren letzten Sitzungstag bei uns. Sie war seit 1. Februar 2017 Mitglied des Grossen Rates und auch Mitglied der folgenden Kommissionen: Disziplinarkommission, Begnadigungskommission, Bau- und Raumplanungskommission, Spezialkommission Klimaschutz, PUK Biozentrum und der Geschäftsprüfungskommission. Ich möchte Alex Dill ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken und wünsche für den weiteren Weg ausserhalb der Politik alles Gute. [Applaus]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2026 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zum Globalbudget der kantonalen Museen verfasst. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget öffentlicher Verkehr mündlich.

Ich schlage Ihnen zur Beratung des Budgets 2026 folgenden Ablauf vor: Allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidien der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartementes und der Vorsitzende des Gerichtsrates. Anschliessend folgen die Fraktions- und Einzelsprechenden.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Detailberatung, jeweils Fraktions- und Einzelsprechende. Zuerst gesamtkantonale Feststellung, Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission, danach departementsweise Beratung.

Das Globalbudget der globalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert, das Globalbudget öffentlichem Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2026 wird bei den entsprechenden Departementen beraten.

Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und am Schluss noch die Schlussabstimmung über das Budget 2026.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit dieser Abfolge einverstanden sind. Somit hat Joël Thüring als Präsident der Finanzkommission das Wort.

*Joël Thüring (SVP):* Der Regierungsrat hat uns ein Budget mit einem Überschuss von 3.5 Mio. Franken vorgelegt. Dieses Budget war Basis unserer Beratungen. Durch einen Nachtrag des Regierungsrats und ergänzende Anträge der Finanzkommission, zu welchen wir später noch kommen werden, reduziert sich der budgetierte Überschuss auf 2.6 Mio. Franken. Wobei hier neu berücksichtigt werden muss, dass für den Teuerungsausgleich ursprünglich 7 Mio. Franken eingestellt worden waren. Die Teuerungsschätzung ging bei der Berechnung des Budgets von einer Teuerung von 0,4% aus.



In der Zwischenzeit kennen wir die relevante massgebende Zahl. Die Jahresteuierung im Kanton beträgt 0,1%, womit sich eine Verminderung um 5.4 Mio. auf 1.8 Mio. Franken für diesen Teuerungsausgleich ergibt. Neu sieht der Regierungsrat, wenn man die noch zu erwähnenden Anträge der Finanzkommission auslässt, einen Überschuss von 8.05 Mio. Franken für das Budget 2026 vor.

Gerne zu Beginn einige allgemeine Bemerkungen zum Budget. Die Budgetierung für das Jahr 2026 erfolgt in einem Umfeld anhaltender Unsicherheiten. Geopolitische Spannungen, eine fragile Weltwirtschaft sowie regulatorische Eingriffe, namentlich die OECD-Mindestbesteuerung prägen die Rahmenbedingungen. Gleichzeitig wirken sich demografische Entwicklungen, der Fachkräftemangel sowie der hohe Investitionsbedarf in Infrastruktur und Digitalisierung auf die kantonalen Finanzen aus. Vor diesem Hintergrund legt der Regierungsrat dennoch ein formell ausgeglichenes Budget 2026 vor.

Bei einem Betriebsaufwand von rund 5.7 Mrd. Franken und einem Betriebsertrag von 5.4 Mrd. Franken resultiert zwar ein negatives Betriebsergebnis, dieses wird jedoch durch ein positives Finanzergebnis kompensiert. In der Erfolgsrechnung verbleibt also dieser besagte Überschuss von 8.05 Mio. Franken. Das Investitionsvolumen steigt auf 545.6 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 47,3%, womit die Investitionen knapp zur Hälfte aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das seit 2021 bestehende Nettovermögen wird damit vollständig abgebaut und per Ende 2026 werden erstmals wieder Nettoschulden von rund 143 Mio. Franken ausgewiesen. Und auch künftig bleiben die Investitionstätigkeiten hoch, sie werden auf über 600 Mio. Franken ansteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt im Finanzplan entsprechend weiter, wodurch die Nettoschulden bis 2029 auf rund 1.2 Mrd. Franken anwachsen. Die Nettoschuldenquote bleibt jedoch klar unter der Grenze der Schuldenbremse.

Auf der Ertragsseite rechnet der Regierungsrat mit steigenden Steuereinnahmen bei natürlichen Personen, sowohl bei den Einkommens- als auch bei den Vermögenssteuern sowie mit einem höheren Anteil an der direkten Bundessteuer. Bei den juristischen Personen werden die Erträge hingegen leicht tiefer budgetiert. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank bleibt volatil. Wie in den Vorjahren wird eine mittlere Ausschüttung von 45 Mio. Franken angenommen und entsprechend budgetiert, was sich aber vom Meccano her bewährt hat.

Die Einzahlungen in den nationalen Finanzausgleich belaufen sich auf 214 Mio. Franken, sinken also gegenüber dem Vorjahr um gut 10 Mio. Franken, werden aber gemäss Finanzplan bis ins Jahr 2029 weiter deutlich ansteigen.

Auf der Aufwandseite wird das Budget durch mehrere bereits beschlossene oder geplante strukturelle Mehrausgaben geprägt. Das Massnahmenpaket zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität mit einer Anpassung der Lohnkurve, Schichtzulagen und Elementen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei, der neue Leistungsauftrag für die Uni Basel, höhere Ausgaben bei der Sozialhilfe, beim öffentlichen Verkehr, bei den Spitalbehandlungen sowie der jeweils zu gewährende Teuerungsausgleich auf Löhnen und Staatsbeiträgen haben hierauf einen Einfluss. Dämpfend wirken unter anderem höhere Erträge bei natürlichen Personen, eine höhere Ausschüttung der Basler Kantonalbank sowie der Wegfall grosser einmaliger Anlässe wie dem ESC oder der Frauen EM.

Ein zentrales Element bleibt die OECD-Mindestbesteuerung. Für 2026 werden Mehreinnahmen von 400 Mio. Franken erwartet. Entsprechend ist im Budget eine Äufnung der beiden Fonds des Basler Standortpakets in gleicher Höhe vorgesehen. Diese Mittel sind saldoneutral, erhöhen aber technisch den ausgewiesenen Betriebsaufwand. Ich komme darauf zurück.

Makroökonomisch wird für Basel-Stadt weiterhin ein solides Wachstum erwartet. Die Zinssituation hat sich entspannt, diese Rahmenbedingungen unterstützen die Finanzierung, sie entbinden jedoch nicht von Priorisierungen. Die Finanzkommission stellt deshalb fest, dass die Ausgaben weiterhin schneller wachsen und die finanzpolitische Planung entsprechend erhöhte Aufmerksamkeit erfordert.

Besonders hervorzuheben ist das Wachstum beim Personalbestand. Der Stellenplafond überschreitet 2026 erstmals die Marke von 10'000 Vollzeitstellen, was einer Zunahme von rund 2% entspricht. Der Stellenaufbau ist departementsübergreifend und sowohl durch wachsenden Leistungsbedarf, etwa im Bildungsbereich, als auch durch qualitative Veränderungen wie Digitalisierung und neue regulatorische Anforderungen begründet. Künftig wird es daher aus Sicht der Finanzkommission entscheidend sein, dass Projekte und Digitalisierungsvorhaben wenn möglich mit einer Effizienzsteigerung einhergehen, um die Ausgabenentwicklung zu stabilisieren.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget vorlegen und Ausgaben priorisieren und effizienter gestalten will. Auch der Regierungsrat hielt im Hearing mit der Finanzkommission fest, dass die Ausgaben über die Jahre stärker gestiegen sind und die Ertragslage sich weiterhin gut entwickelt. Entsprechend liegt auch aus Sicht des Regierungsrates das Problem eher bei ersteren, denn bei letzterem.

Einige generelle Feststellungen zum Budget. Im Mai 2025 wurde bekanntlich das Standortpaket angenommen. Es reagiert auf die OECD-Mindestbesteuerung und soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel stärken sowie gesellschaftliche und ökologische Ziele fördern. Grundlage bilden zwei Fonds, die aus den Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer gespiesen werden. Für 2026 ist hierfür eine Äufnung von 400 Mio. Franken vorgesehen. Möglich wären



zwischen 150 und 500 Mio. Franken. Die Mittel werden auf Antrag der Unternehmen und nach Prüfung durch den Kanton vergeben und sollen sowohl Innovation und Forschung als auch Projekte mit sozialem und ökologischem Nutzen unterstützen. Die Finanzkommission begrüsst den zielgerichteten Einsatz der zusätzlichen Mittel aus der OECD-Mindestbesteuerung sowie den Ansatz mit den beiden Fonds, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung zu verbinden. Gleichzeitig hält sie fest, dass der Vollzug des Standortpakets erst anläuft und die konkreten Wirkungen noch nicht absehbar sind. Sie erwartet daher transparente und nachvollziehbare Kriterien für die Mittelvergabe. Die im Budget 2026 vorgesehene Äufnung erachtet die Kommission als angemessen und wird Umsetzung und Wirkung im Rahmen der kommenden Rechnungs- und Budgetberatungen weiterverfolgen.

Die Finanzkommission befasst sich seit mehreren Jahren mit der Arbeitgeberattraktivität des Kantons. Der Regierungsrat lancierte das Projekt Arbeitgeberattraktivität steigern, ergänzt durch gezielte Massnahmen wie höhere Lernendenlöhne, Entschädigung der Umkleidezeit, einen dreiwöchigen Schwangerschaftsurlaub sowie sogenannte «Quick Wins». Zur Abfederung des akuten Unterbestands bei der Kantonspolizei haben Sie hier im Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrates respektive der Finanzkommission im 2023 zudem eine befristete Arbeitsmarktzulage beschlossen, die nun abgelöst werden soll.

Im Rahmen der Budgetberatung stellte der Regierungsrat der Finanzkommission dieses Lohnmassnahmenpaket vor, das sich derzeit in der Beratung bei der WAK befindet. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der Einstiegsgehälter, die gemäss Lohnvergleich in den unteren Erfahrungsstufen unter dem schweizweiten Durchschnitt liegen, während die höheren Erfahrungsstufen überdurchschnittlich entlohnt sind. Das Paket umfasst Anpassungen der Lohnkurve bis Erfahrungsstufe 11, die Aufhebung der Teuerungsdegression, höhere Zulagen für Schichtarbeit sowie spezifische Massnahmen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei. Insgesamt ergeben sich daraus jährliche Mehrkosten von rund 20.6 Mio. Franken.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass das Paket zentrale Schwachstellen adressiert und auf politische Vorstösse, frühere Empfehlungen der Finanzkommission sowie Erkenntnisse aus der Mitarbeitendenbefragung 2024 reagiert. Die Massnahmen erscheinen grundsätzlich geeignet, die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Die vertiefte Beratung liegt jedoch bei der WAK. Die Finanzkommission wird die Umsetzung und finanziellen Auswirkungen im Rahmen der kommenden Budget- und Rechnungsberatungen weiter verfolgen und möchte an dieser Stelle insbesondere darauf hinweisen, dass die Arbeitsmarktzulage der Kantonspolizei gemäss Beschluss Ende Februar 2026 ausläuft.

Nun zu einigen Feststellungen aus den Departementen. Zum Präsidialdepartement. Im Herbst 2026, Sie haben das mitbekommen, ziehen die Abteilungen des Präsidialdepartements in die ehemalige Hauptpost um. Der Umzug ist mit einmaligen Mehrkosten verbunden. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Abteilungen künftig an einem zentralen Standort zusammengeführt werden und erwartet, dass sich daraus betriebliche Vorteile ergeben. Gleichzeitig geht die Finanzkommission davon aus, dass die Umsetzung innerhalb des vorgesehenen finanziellen Rahmens erfolgt, insbesondere mit Blick auf die Mietkosten.

Im November 2024 hat der Regierungsrat dem Statistischen Amt die Federführung für das Thema KI übertragen. Seither wurden eine kantonale Richtlinie sowie eine KI-Governance erarbeitet, welche Zuständigkeiten und Kompetenzen, insbesondere in Abstimmung mit der IT BS regeln. Das Statistische Amt baut die fachliche KI-Kompetenz auf, berät die Dienststellen, entwickelt Anwendungen, prüft Einsatzmöglichkeiten und begleitet regulatorische Fragen. Die IT BS ist hingegen für Infrastruktur, Betrieb und die technische Unterstützung zuständig. Entsprechend beantragen das Statistische Amt Ressourcen für KI-Fachexpertise und die IT BS Stellen für die technische Umsetzung.

Ab dem Budget 2026 werden Mehrjahresglobalkredite für drei der fünf staatlichen Museen eingeführt. Damit erfolgt eine Umstellung auf eine mehrjährige Finanzsteuerung. Die Verantwortlichen richten sich nach dem Museumsgesetz, die Museumsdirektionen tragen die Verantwortung für finanzielle Führung und Controlling, während das Präsidialdepartement die Aufsicht wahrnimmt und die Einhaltung der Finanz- und Betriebsprozesse überprüft. Zu Beginn jeder Globalkreditperiode, also jetzt, erstellen die Museen einen mehrjährigen Finanz- und Investitionsplan. Abweichungen sind jeweils mit Blick auf die gesamte Kreditperiode zu begründen. Die Berichterstattung erfolgt dreimal jährlich im Rahmen von Tertialreportings an die Abteilung Kultur. Die Finanzkommission begrüsst diese Ausgestaltung, da sie Steuerung und Transparenz verbessert und wird die Umsetzung weiter begleiten.

Zum BVD. Ab diesem Winter übernimmt der Kanton erstmals den Winterdienst auf den Trottoirs. Der Grosse Rat hat die bisherige Räumspflicht der privaten Eigentümer, wir sprechen hier von 450 Kilometer Trottoirs, an den Kanton übertragen. Für Umsetzung, Personal und Material stehen rund 1.96 Mio. Franken bereit. Mangels eigener Kapazitäten wird die Stadtreinigung durch externe Kräfte und gemietete Fahrzeuge unterstützt. Das Projekt ist zunächst auf zwei Winter ausgelegt. Fixkosten fallen allerdings auch dann an, wenn, wie in Basel üblich, eher der Schirm als die Schneeschaukel im Einsatz steht, also rund 0.5 Mio. Franken pro Jahr für die Einsatzbereitschaft. Die Finanzkommission anerkennt den organisatorischen Aufwand und hält die Mittel für angemessen. Sie wird die Personal- und Gerätekosten sowie die technische Entwicklung beobachten und begrüsst, dass grössere Investitionen erst nach den ersten Erfahrungen ausgelöst werden.



Zum ED. Das vom Grossen Rat beschlossene Massnahmenpaket integrative Schule ist neben dem Masterplan Berufsbildung ein zentraler Schwerpunkt im Jahr 2026. Die Finanzkommission liess sich über den Umsetzungsstand dieses Massnahmenpakets informieren. Die integrative Schule wurde um vier neue Förderangebote sowie das neue Spezialangebot Plus ergänzt. Zusätzlich wurden die Ressourcen in Logopädie und Psychomotorik erhöht. Bei den neuen Förderangeboten wurden insbesondere mit der Einführung von Lerninseln begonnen auf der Primarstufe in 15 von 24 Schulen, auf der Sekundarstufe in 7 von 12 Schulen. Fördergruppen wurden bislang an 7 Standorten eingerichtet. Auf der Sekundarstufe wird vorerst auf weitere Massnahmen verzichtet, um Optimierungen der integrativen Schule zu prüfen. Aussagen zur Kostenentwicklung sind derzeit nur eingeschränkt möglich. Erwartet wird ein Anstieg proportional zum Schülerwachstum, gleichzeitig jedoch eine Reduktion von Notmassnahmen, Spezialangeboten und Einzelbeschulungen. Eine externe Evaluation ist für das Schuljahr 2028-2029 vorgesehen. Die Finanzkommission nimmt diese bisherigen Umsetzungsschritte zur Kenntnis und sieht erste positive Effekte und ist gespannt, wie sich dieses Förder- oder dieses Massnahmenpaket weiterentwickelt.

Der neue Leistungsauftrag der Universität Basel für die Jahre 2026 bis 2029 sieht eine jährliche Erhöhung des Globalbeitrags um 12.2 Mio. Franken vor. Mit Blick auf künftige Leistungsperioden prüft der Regierungsrat gemeinsam mit dem Partnerkanton Anpassungen an der Trägerfinanzierung, insbesondere im Hinblick auf den sogenannten Standortvorteil. Dieser wurde 2021 mit 10% in den Finanzierungsschlüssel aufgenommen und soll nun anhand verschiedener Parameter überprüft werden. Die Finanzkommission begrüsst dieses Ansinnen, da es aus ihrer Sicht wesentlich ist, die Trägerfinanzierung gerecht und nachhaltig auszugestalten, da die Universität für die gesamte Region von grossem Wert ist. Die Finanzkommission erwartet aber, dass die Finanzierung der Universität weiterhin paritätisch ausgestaltet wird.

Zum FD. Die Finanzkommission erkundigte sich, wie mit der Internalisierung von 16 Vollzeitstellen bei der IT BS Einsparungen konkret realisiert und ausgewiesen werden können. Das Departement führte aus, dass die Umstellung ab 2026 schrittweise erfolgt und die Einsparungen entsprechend der Rekrutierung im Budget direkt zugeordnet und laufend überprüft werden. Ziel ist eine vollständige Umsetzung in diesem Jahr, also im Jahr 2026.

Die Finanzkommission hat wiederholt den Bedarf an transparenteren, vergleichbaren und aussagekräftigen Kennzahlen im Budgetprozess thematisiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie und an welchen Stellen konkrete Kennzahlen systematisch eingesetzt werden, um die Notwendigkeit, Angemessenheit und Effizienz nachvollziehbar zu begründen. Aus Sicht der Kommission sind einheitliche, konsistente Kennzahlen ein wichtiges Steuerungsinstrument für einen zielgerichteten Mitteleinsatz sowie auch für die politische Kontrolle. Das FD führte aus, dass insbesondere in gesellschaftlich relevanten Themen wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit solche Kennzahlen bereits heute eine zentrale Rolle spielen. Schülerzahlen, Fallzahlen in der Sozialhilfe oder stationäre Behandlungsfälle im Gesundheitswesen werden systematisch ausgewiesen. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Berechnung der Budgetposten. Auch in anderen Ausgabenbereichen werden, wo sinnvoll, Leistungszahlen herangezogen. Jede Budgeterhöhung unterliegt dabei einer Prüfung auf Notwendigkeit und Effizienz, wobei Kennzahlen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Tragweite eingesetzt werden. Die Finanzkommission betont, dass die Qualität der Messungen ausschlaggebend ist. Sie fordert künftig fundierte, vergleichbare und kontinuierliche Kennzahlen, um eine verlässliche Historie zu schaffen. Nur so können negative Kostenentwicklungen frühzeitig erkannt und proaktive Steuerungsmassnahmen eingeleitet werden.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Zunahme der Kosten für den Leistungsauftrag vom Jahr 2024 zum Budget 2025 bei der Spitex steht im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tarife für Spitex Basel im Rahmen der Erneuerung des Leistungsvertrages für die Jahre 2025 bis 2028. Da die Beiträge von Krankenkassen und Patienten im KVG fixiert sind, schlagen Teuerung und Lohnentwicklungen über die kantonale Pflegerestfinanzierung überproportional zu Buche. Während die im Leistungsauftrag erbrachten Pflegestunden von Spitex Basel leicht zurückgehen, haben die Spitex-Anbieter ohne Leistungsauftrag ihren Marktanteil auf über 50% ausgebaut. Bei Spitex Basel zeigt sich zudem seit Jahren eine Verschiebung hin zu komplexeren Fällen und kürzeren Einsätzen, was insbesondere die Kosten für die Bedarfsabklärung erhöht. Bei privaten Spitex-Anbietern nahm das Leistungsvolumen vor allem in der Grundpflege deutlich zu. Dies ist unter anderem auf die Revision der Krankenpflegeleistungsverordnung zurückzuführen, welche die Abrechnung von Pflegeleistungen durch Angehörige über die obligatorische Krankenversicherung ermöglicht.

Zum JSD. Die Finanzkommission hat bereits im Budget 2025 auf die sehr hohe Zahl paralleler Projekte im JSD hingewiesen. Auch im diesjährigen Hearing blieb dies ein Schwerpunkt. Rund 50 Projekte, liess das JSD uns mitteilen, laufen derzeit gleichzeitig. Das JSD hat die Problematik der vielen gleichzeitig laufenden Projekte erkannt und seine Projektmanagementstrukturen entsprechend angepasst. So werden seit August die wichtigsten Vorhaben zentral im Generalsekretariat gesteuert und die Departementsleitung definiert sogenannte Schlüsselprojekte, die besonders eng geführt und priorisiert werden. Bei der Kantonspolizei wurden zudem Verzichtspläne für nicht betriebsrelevante Vorhaben erarbeitet.

Über alle Dienststellen hinweg sind rund elf Vollzeitstellen ausschliesslich für das Projektmanagement tätig. Bei komplexen oder fachlich spezialisierten Projekten werden zusätzlich externe Ressourcen beigezogen. Viele Projekte gehen auf politische Aufträge, gesetzliche Vorgaben oder technische Abhängigkeiten zurück. Die Finanzkommission anerkennt dies, stellt aber fest, dass ähnliche Rahmenbedingungen auch in anderen Departementen bestehen. Das JSD weist hier jedoch



eine besonders starke Häufung an Projekten auf, die zusätzlich zum anspruchsvollen Tagesgeschäft bewältigt werden müssen. Die Finanzkommission begrüsst daher die Einführung einer Kategorie Schlüsselprojekte, die mehr Übersicht und Fokus schaffen soll. Ob die neuen Strukturen ausreichen, um die Vielzahl der Vorhaben fristgerecht abzuwickeln, bleibt abzuwarten. Weiterhin bestehen im JSD zahlreiche zeitkritische Informatikprojekte, fünf von zehn laufen bereits verzögert, eines musste abgebrochen werden.

Die Finanzkommission liess sich auch über den Stand der Rekrutierung bei der Kantonspolizei informieren. Das JSD berichtet von erfreulichen Fortschritten. Die Anzahl der Aspiranten liegt derzeit bei rund 25 pro Lehrgang. Bei zwei Polizeischulen pro Jahr könnte der bestehende Unterbestand sowie die anstehenden Pensionierungen ausgeglichen werden, dies allerdings innerhalb eines Jahrzehnts. Seit Beginn des Reorganisationsprozesses im Juli 2024 verzeichnete die Kantonspolizei 91 Neuanstellungen und 66 Abgänge, was ebenfalls zu einem Nettozuwachs von 25 Korpsangehörigen führte. Die Finanzkommission erkennt an, dass die bisher ergriffenen Massnahmen erkennbar Wirkung zeigen und konsequent weitergeführt werden müssen.

Die Finanzkommission befasst sich im JSD auch seit längerem oder seit langem mit dem Projekt UMIS Spiegelhof. Nach zusätzlichen Ausgaben von fast 30 Mio. Franken für Brandschutz, Dämmung und die temporäre Auslagerung des Kundenzentrums rechnet das JSD nun mit einem Abschluss der Sanierung im ersten Quartal 2028. Ein weiteres Jahr später als zuvor angekündigt. Die Finanzkommission bedauert diese Verzögerung und bekräftigt ihre Forderung nach einer besseren Planung und Koordination kantonaler Bauprojekte. Diese Erwartung ist nicht nur an das JSD adressiert.

Zum WSU. Die Finanzkommission wurde im Herbst 2025 über die Überarbeitung des Kaderreglements der IWB informiert. Diese sieht deutlich höhere variable Vergütungen vor, bis zu 70'000 Franken für Kaderangestellte, bisher 40'000 Franken, sowie zusätzlich bis zu 15% des Jahreslohns für CEO und Geschäftsleitung. Insgesamt dürfen jährlich maximal 4 Mio. Franken an variablen Löhnen ausbezahlt werden. Der Regierungsrat begründet die Anpassung mit der Wettbewerbsfähigkeit der IWB im Fachkräftemangel und der Transformation der Energiewirtschaft. Die Finanzkommission beurteilt diese Ausweitung kritisch. Als öffentlich-rechtliches Unternehmen muss die IWB besonderen Anforderungen an Transparenz, Masshaltung und Gemeinwohlorientierung genügen. Bei zugleich hohen Energiekosten bestehen Akzeptanz- und Fehlsteuerungsrisiken. Die Finanzkommission erwartet klare, überprüfbare Leistungsindikatoren, eine gute Begründung der variablen Komponenten. Sie wird die Umsetzung und Wirkung des neuen Reglements weiter beobachten.

Zu den Gerichten. Die Finanzkommission befasst sich seit der Rechnung 2024 mit der Frage, ob die IT der Gerichte in die IT BS integriert werden kann. Damals standen zwei Optionen im Raum, vollständige Integration («all in») oder vollständige Eigenständigkeit («all out»). Da der Regierungsrat einen Status quo ablehnte, mussten die Gerichte zunächst «all out» planen mit geschätzten Mehrkosten von rund 1.55 Mio. Franken pro Jahr. 2 Mio. Franken einmalig und drei zusätzlichen Stellen. Im Rahmen dieser Budgetberatung zeigte sich jedoch, dass sich die Ausgangslage geändert hat. Regierungsrat und IT BS signalisierten erstmals eine dritte Variante, eine hybride Lösung, welche die Anforderungen der Gerichte erfüllen könnte. Eine externe Studie, die beide Seiten gemeinsam in Auftrag gaben, beurteilt diese hybride Variante als klar bevorzugt. Die Gespräche zwischen Regierung und Gerichten laufen weiter, eine definitive Entscheidung liegt noch nicht vor. Der Regierungsrat empfiehlt aber, das Budget 2026, so wie es eingestellt wurde, nicht anzupassen, da die tatsächlichen Kosten erst nach Abschluss der Analyse und Einigung feststehen. Die Finanzkommission begrüsst es weiterhin, dass eine gemeinsame, tragfähige Lösung gesucht wird, die den besonderen Anforderungen der Justiz gerecht wird. Sie hält fest, dass so oder so die im Budget vorgesehenen Mittel erst dann ausgelöst werden dürfen, wenn ein verbindlicher Entscheid vorliegt.

Im Bericht zur Rechnung 2024 kritisierte die Finanzkommission das Fehlen einer einheitlichen Regelung zum Ferienguthaben der Gerichtspräsidien. Mit Beschluss vom August 2025 ergänzte der Gerichtsrat das Personalreglement entsprechend. Ferien sind selbstverantwortlich zu beziehen, grundsätzlich nicht übertragbar und nicht auszahlbar. Gemäss Gerichtsrat wird damit klargestellt, dass weder eine nachträgliche Kompensation noch eine Auszahlung nicht bezogener Ferien möglich ist. Die Finanzkommission nimmt diese Klärung zustimmend zur Kenntnis und begrüsst die nun vorliegende klare einheitliche Regelung.

Sie sehen es, der Finanzhaushalt 2026 bleibt also aus Sicht der Finanzkommission solide, verfügt jedoch über geringere finanzielle Spielräume. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget anstrebt und Ausgaben stärker priorisieren und effizienter gestalten will. Und Sie haben es auch gesehen, in der Kommission gab es zu dieser Situation eine entsprechende Diskussion. Eine Minderheit der Finanzkommission zeigt sich besorgt über das anhaltende Wachstum des Betriebsaufwands, die im Finanzplan ausgewiesenen negativen Ergebnisse, den sinkenden Selbstfinanzierungsgrad und den erwarteten Anstieg der Verschuldung. Aus Sicht dieser Minderheit sollte der Kanton angesichts seiner Finanzkraft auch 2027 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Diese Minderheit beantragte daher, das Budget 2026 um 19 Mio. Franken entsprechend den im Finanzplan ausgewiesenen Defizit 2027 zu kürzen. Eine entsprechende Kürzung des Sach- und Betriebsaufwands sowie des Personalaufwands um diesen Betrag hätte aus Sicht der Minderheit ein wichtiges Signal gesetzt, das Ausgabenwachstum zu dämpfen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Regierungsrat auch für das Jahr 2027 dann tatsächlich ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann.



Die Kommissionsmehrheit sieht aufgrund des ausgeglichenen Budgets keinen Handlungsbedarf für Kürzungen. Nach den jüngst umgesetzten Steuersenkungen soll die weitere Entwicklung zunächst beobachtet werden. Zudem erachtet die Mehrheit eine unspezifische Kürzung als wenig zielführend. Ihre Umsetzung wäre im fortgeschrittenen Budgetprozess mit erheblichem Aufwand verbunden und technisch kaum realisierbar.

Der Antrag zur Kürzung des Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken wurde mit 7 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zwei andere Anträge fanden jedoch eine Mehrheit in der Kommission. Einsamkeit ist ein zunehmendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem mit Auswirkungen auf die Gesundheit. Im Jahr 2024 wurden im Rahmen eines Pilotprojekts sieben freiwillige Quartierprojekte gegen Einsamkeit unterstützt. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese lokal verankerten Projekte als wirksam und ressourceneffizient. Eine Minderheit hielt zusätzliche Mittel für nicht erforderlich, da bereits zahlreiche Organisationen in diesem Bereich tätig sind.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements um 180'000 Franken zur Förderung von Projekten zur Einsamkeitsprävention und sozialen Teilhabe.

Ein zweiter Antrag betrifft die Schulsozialarbeit. Der Regierungsrat erhöht den Personalplafond der Schulsozialarbeit im Budget um 1.7 Vollzeitstellen, davon entfallen 1.2 Stellen auf den Bereich Gesundheit und Prävention sowie 0.5 Stellen auf die Schulsozialarbeit am neuen Standort der Sek Gardenstrasse. Trotz dieser Aufstockung bleibt die Personalsituation in der Schulsozialarbeit angespannt. Die bestehenden Ressourcen reichen angesichts des steigenden Bedarfs nicht aus. Auf Primarstufe liegt Basel-Stadt weiterhin deutlich unter den Empfehlungen des Vereins Kinderschutz Schweiz. Dieser empfiehlt eine Vollzeitstelle pro 600 Kinder. Die Finanzkommission hat bereits im Bericht zur Rechnung 2024 auf einen zusätzlichen Bedarf von mindestens 3.0 Vollzeitstellen hingewiesen.

Da diese im Budget 2026 erneut nicht berücksichtigt wurden, beantragt die Finanzkommission, diese 3.0 zusätzlichen Stellen ins Budget aufzunehmen, um die psychosoziale Unterstützung der Kinder zu stärken. Die Finanzkommission beschloss mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen, den Personalaufwand des Erziehungsdepartements um 512'000 Franken zu erhöhen. Wir werden darüber sicherlich dann auch noch in der Detailberatung diskutieren können.

Dies waren vorerst meine Ausführungen zum Budget 2026. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zum Budget 2026.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten bedanken. Der Prozess dieses Budgets mit der Berichterstattung ist immer sehr intensiv. Hier gilt mein besonderer Dank auch meiner Vizepräsidentin Michela Seggiani und selbstverständlich auch unserem Kommissionssekretären, der uns im Hintergrund sehr engagiert unterstützt. Mein Dank geht aber auch selbstverständlich an den Regierungsrat, an die Departementsvorsteherin des Finanzdepartements, an die sechs weiteren Departementsvorsteher, an den Präsidenten des Gerichtsrates und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die uns ebenfalls in diesem Prozess jeweils sehr unterstützend zur Seite gestanden sind und immer auch sehr konstruktiv unsere Fragen beantwortet und unsere Anliegen bearbeitet haben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als nächstes hat Catherine Alioth für die BKK das Wort.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich darf heute in Stellvertretung unserer Präsidentin Franziska Roth über das Museumsbudget 2026 berichten, dies aus Gründen von Arbeitsteilung.

Mit Inkrafttreten des teilrevidierten Museumsgesetzes per 1. Januar 2025 sollen den Museen erstmals Vierjahres-Globalkredite anstelle von bisher Einjahres-Globalkredite bewilligt werden. Wir haben das gehört. Ausnahmen werden aus betrieblichen Gründen vorerst für das Kunstmuseum Basel sowie für das Museum der Kulturen Basel gelten. Für die beiden Museen soll der Globalkredit jetzt nur für ein Jahr gesprochen werden und danach für drei Jahre, damit die Globalkredite für die kantonalen Museen ab 2030 grundsätzlich harmonisiert sein werden.

Auch in Zukunft wird die BKK die Leistungsziele und Globalkredite der Museen beraten. Die Praxis der jährlichen Anhörungen zum Budget und zur Rechnung jedes Museums durch die fünf von der BKK gebildeten Subkommissionen, deren Mitglieder auf Seite 3 des Berichts aufgelistet sind, wird sich womöglich ändern. In welcher Form der Austausch zwischen den Museen und der BKK künftig stattfinden wird, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Berichts noch offen.

Wie jedes Jahr haben die BKK-Subkommissionen mit allen fünf staatlichen Museen Hearings zum Budget 2026 und folgenden durchgeführt. In den fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der BKK im Oktober und November 2025 mit den Direktionen und Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Budgets für die Jahre 2026 und folgende behandelt. Die



BKK dankt den Direktionen und Verwaltungsleitungen der fünf kantonalen Museen für die Beantwortung eines Fragerasters und die Bereitschaft, sich mit unseren Fragen in den Hearings auseinanderzusetzen.

Im Folgenden werde ich zunächst von den allgemeinen Feststellungen der BKK berichten und anschliessend zu den jeweiligen Museen einzelne Punkte nennen.

Zu den allgemeinen Feststellungen. Der Vierjahresplanungshorizont im Rahmen des Globalkredits bietet den Museen einige Vorteile. Die mehrjährige Finanzierungsgrundlage ermöglicht es dem jeweiligen Museum, seine Planungen langfristig auszurichten und Massnahmen gezielt über mehrere Jahre hinweg zu priorisieren. Dadurch sollen Ressourcen effizienter eingesetzt und strategische Projekte besser koordiniert werden können. Gleichzeitig erlaubt dieser Horizont eine gewisse Flexibilität bei der Anpassung an unvorhergesehene Entwicklungen. Allerdings bringt die Einbettung dieses Vierjahresmodells in das kantonale Jahresbudgetsystem auch Einschränkungen mit sich. Trotz der langfristigen Planungen sind weiterhin unterjährige Berichte, tertiale Hochrechnungen und Jahresabschlüsse erforderlich, was einen administrativen Aufwand verursacht.

Zudem steigen die Anforderungen an ein verlässliches Controlling deutlich an, um den komplexen Finanzierungs- und Betriebsprozessen gerecht zu werden. Derzeit fehlen geeignete Instrumente für eine wirksame Steuerung der Personalkosten, denn diese machen rund 70% des Aufwands von Museen aus. Ein professionelles Controlling, insbesondere für Personalkosten, ist daher dringend notwendig. Ein entsprechendes Tool ist beim Finanzdepartement noch hängig. Die BKK erwartet, dass dieser Auftrag so rasch wie möglich umgesetzt wird. Die Wirkungsziele der Museen werden anhand von Besucherzahlen und Medienpräsenz evaluiert und gemessen. Dabei bleibt offen, wie diese Indikatoren bewertet werden und welche Auswirkungen sie auf weitere Globalkreditperioden haben.

Zu den einzelnen Museen. Das Antikenmuseum Basel hat einen erfreulich hohen Eigenfinanzierungsgrad von 20 bis 25%, ist aber dennoch stark auf Drittmittel angewiesen, um Sonderausstellungen und Sonderprojekte zu finanzieren. Die Ablehnung einer Stelle in der Drittmittelbeschaffung erschwert die Akquise. Der anstehende Direktionswechsel 2027 stellt eine Herausforderung dar, da parallel wichtige Projekte wie die umfangreiche Provenienzforschung und Umsetzung des Records Management laufen. Diese parallelen Prozesse erfordern personelle Kontinuität und institutionelles Wissen, weshalb die Nachfolgeplanung und der Wissenstransfer von besonderer Bedeutung sind. Neu fällt eine interne Miete für die Skulpturenhalle an, welche vollumfänglich auf der Seite der kantonalen Finanzierungsbeiträge ausgeglichen wird. 2026 feiert das AMB sein 60-jähriges Bestehen. Über das ganze Jahr ist ein Jubiläumsprogramm geplant, jeden Monat werden spezielle Veranstaltungen und Aktionen für ein breites Publikum realisiert.

Zum Historischen Museum. Nach Abschluss der Generalinventur reduziert das Historische Museum ab 2026 den Betriebsaufwand. Es besteht jedoch seit Jahren eine Unterfinanzierung von jährlich 300'000 Franken, die nicht durch Effizienzsteigerung kompensiert werden kann. Bis 2029 droht ein Defizit von etwa 1.2 Mio. Franken für die Jahre 2026 bis 2029 wurden alle Anträge auf Vorgabenerhöhung leider abgelehnt. Aktuell wird geprüft, welche Leistungen reduziert oder gar eingestellt werden müssen. Zur Steuerung wird ein internes Reporting eingeführt und die Depotsituation optimiert, da mehrere Standorte veraltet und überlastet sind. Um die Sammlung nach internationalen Standards aufzubewahren, werden drei Sammlungsdepots in ein neues Sammlungsdepot verlagert. Die Planung und Projektierung eines Sammlungszentrums für die Aufbewahrung aller Objekte an einem Standort wird weiterverfolgt. Eine grössere Deakzession von fast 30'000 Franken an die Römerstadt Augusta Raurica wurde vom Regierungsrat genehmigt und weitere werden folgen. Das Museum arbeitet ebenfalls an einem Konzept zum Entsameln.

Das Kunstmuseum Basel erlebte 2024 eine finanzielle Krise, die einen Nachtragskredit von 2.55 Mio. Franken zur Folge hatte, dies im Jahr des Direktionswechsels am KMB. Wie eingangs erwähnt, erhält das Kunstmuseum aufgrund seiner anspruchsvollen Ausgangslage ausnahmsweise einen einjährigen Globalkredit. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den Zyklus, wie die anderen kantonalen Museen, überführt werden. Der Globalkredit 2026 entspricht dem bereinigten Budget 2025, erhöht um den Transfer des Sonderausstellungskredits und den Teuerungsausgleich auf den Löhnen. Für 2026 ist trotz Mindereinnahmen bei Drittmitteln eine Stabilisierung mit erhöhtem Aufwand geplant. Neue Fundraising-Ansätze zeigen erste Erfolge, eine Professionalisierung wird jedoch als notwendig erachtet. Die Besetzung wichtiger Führungspositionen ist noch im Gange. Nach den im Jahr 2025 vorgenommenen Reduktionen im Ausstellungsangebot, die wie erwartet zu einem Rückgang der Besucherzahlen geführt haben, sind für 2026 wieder mehrere Sonder- und Wechselausstellungen vorgesehen. Erfreut nimmt die BKK zur Kenntnis, dass das Haus zur Gegenwart wieder bespielt werden kann. Die Sanierung des Hauptbaus erfordert grosse Aufmerksamkeit, dabei sind die Depotsituation und die Restaurierung bedeutender Werke wie Ferdinand Hodlers «Blick in die Unendlichkeit» zentrale Herausforderungen. Letztere soll öffentlich erfolgen und zusätzliche Kosten verursachen. Die Digitalisierung der Sammlung des Kupferstichkabinetts schreitet nur langsam voran und erfordert ein grösseres Projekt zur Beschleunigung.

Zum Museum der Kulturen. Aufgrund des Direktionswechsels per 1. November wurde das vierjährige Globalbudget des Museums der Kulturen in ein einjähriges umgewandelt. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den gleichen Zyklus wie die anderen Museen überführt werden. Das Budget für das Jahr 2026 bleibt stabil und weist keine substantziellen Änderungen zum Vorjahresbudget auf. Die wiederholte Ablehnung einer Personalaufstockung im Bereich



Bildung und Vermittlung wird kritisch beurteilt, da dieser Bereich stark ausgelastet ist. Die Provenienzforschung hat weiterhin erheblichen Einfluss auf das Budget, sowohl auf der Ertragsseite als auch auf der Aufwandseite. Das Museum der Kulturen verfolgt keine aktive Deakzessionierung und Restititionen erfolgen auf offizielles Gesuch hin. Die Lagerungsbedingungen sind gut, allerdings muss jedoch die Lagerung der Fotobestände dringend verbessert werden. Die Digitalisierung schreitet voran. Seit Oktober 2025 sind die Sammlungen online zugänglich und künftig soll auch das Records Management erfolgen. Die Kooperationen mit der Universität Basel wurden intensiviert. Die Planung ist angesichts des Direktionswechsels anspruchsvoll. Die Umstellung auf das mehrjährige Globalbudget schätzt das Museum der Kulturen als aufwendig ein. Das Museum sieht seinen Handlungsspielraum eingeschränkt, wenn es innerhalb der Budgetperiode keinen grösseren finanziellen Spielraum gibt.

Das Historische Museum konzentriert sich in den kommenden vier Jahren auf den Umzug in den Neubau im St. Johann-Quartier, dessen Eröffnung für Mitte 2029 geplant ist. Die Budgetplanung berücksichtigt unregelmässige Ausgaben und Einnahmen, insbesondere aufgrund der temporären Schliessung ab Ende 2028. Für das Jahr 2026 steigen die Aufwendungen leicht infolge Bauentwicklung, der Eigenfinanzierungsgrad sinkt geringfügig aufgrund neuer Projektmittelregeln. Drittmittel werden weiterhin für Sonderausstellungen eingeworben, parallel dazu wird ein systematisches Fundraising aufgebaut. Das SwissCollNet-Digitalisierungsprojekt befindet sich in der Abschlussphase. Diese Digitalisierungsinitiative hat die Sammlung des Naturhistorischen Museums aufgewertet. Ein Folgeprojekt wird es leider nicht geben aufgrund der Sparmassnahmen des Bundes. Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit bis 2028 sind die Ausstellung «Wildlife Photographer» sowie die Verabschiedung vom Berri-Bau vor dem Neubaueröffnungsevent im 2029. Der Fokus der Provenienzforschung liegt bei den Human Ancestors, den menschlichen Vorfahren. Im Rahmen dieser Forschung werden die Provenienz und die Geschichte der Anthropologischen Sammlung erforscht. Das Naturhistorische Museum arbeitet aktuell an mehreren Restititionen von Human Ancestors.

Die BKK empfiehlt Ihnen einstimmig, das Globalbudget 2026 für die fünf kantonalen Museen zusammen mit den Finanzen, den Wirkungszielen und den Leistungszielen zu verabschieden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die UVEK hat Raffaella Hanauer das Wort.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie scheint nicht reden zu wollen, deshalb hat sie vielleicht in der zweiten Runde die Möglichkeit zu sprechen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Verdankenswerterweise hat der Präsident der Finanzkommission die Kennzahlen zum Budget so ausführlich geschildert, dass ich mich jetzt darauf beschränken kann, noch ein paar Schwerpunkte zu nennen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat ein Budget mit einem Überschuss von 8.8 Millionen. Die Personen, die nun aufgepasst haben, merken, es ist eine kleine Differenz. Die Differenz kommt daher, da die Finanzkommission zwei Anträge stellt zur Budgetverschlechterung und der Regierungsrat hat entschieden, diese nicht mitzutragen und wird das dann in der Detailberatung begründen.

Es ist ein ausgeglichenes Budget, sozusagen eine schwarze Null. Die Finanzlage ist solid, von dem her sind wir zufrieden. Was aber auffällt, ist, das Investitionsvolumen beträgt 546 Millionen. Das ist noch höher als 2025. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt gerade mal noch 47%. Wir sind also dabei, das Investitionsvolumen weiterhin zu erhöhen und wir werden uns quasi am Kapitalmarkt finanzieren müssen, da wir diese nicht mehr selber tragen können. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst und möchte daher auch die Investitionen zukünftig vermehrt priorisieren.

Die Steuereinnahmen. Gegenüber letztjährigem Budget und gegenüber der Rechnung 2024 haben wir Veränderungen vorgenommen, aber man kann im Grossen und Ganzen sagen, dass die Ertragssituation bei den Steuern stabil ist. Es gibt leichte Veränderungen, bisher sind aber die Tendenzen so, dass es ein leichtes Wachstum gibt. Insbesondere auch der Anteil der direkten Bundessteuer haben wir nun höher budgetiert, wobei wir hier bemerken müssen, dass es schwierig ist, die Bundessteuern zu budgetieren. Bei den Unternehmenssteuern sind wir stabil. Bei den grossen Unternehmen bleibt immer eine gewisse Volatilität, die wir berücksichtigen müssen. Und auch die Einkommenssteuern und die Vermögenssteuern, die steigen leicht, aber sind grundsätzlich stabil.

Zur Ergänzungssteuer, die wir nun das zweite Mal budgetieren. Auch wenn wir hier die Einnahmen auf 400 Millionen geschätzt haben, muss ich Ihnen hiermit auch mündlich mitteilen, dass dies eine Schätzung ist. Die ersten Steuererklärungen, die werden im Juni 2026 eingereicht werden müssen, aber auch dann sind es erst die Steuererklärungen, die Veranlagungen erfolgen später. Wir hoffen natürlich, dass wir da nicht so gross daneben liegen, aber ich glaube, eine Sicherheit werden wir erst in ein paar Jahren haben.



Nun, was sind die grossen Posten? Der Präsident der Finanzkommission hat es genannt, einerseits das Lohnmassnahmenpaket mit 17 Millionen, andererseits der Leistungsauftrag der Universität Basel, der mit 12 Millionen höher ist, und bei der Sozialhilfe, auch bei der Tagesbetreuung haben wir auch Mehrausgaben. Die Grossprojekte, die anstehen nächstes Jahr, sind vor allem Beschaffung der Elektrobusse von fast 50 Millionen, Trambeschaffung von auch fast 50 Millionen und immer noch der Neubau Naturhistorisches Museum mit 37 Millionen. Trotzdem sind die Aussichten gut, die Finanzlage ist solid.

Die Unsicherheiten, die wir haben, ist einerseits das Entlastungspaket des Bundes. Wie Sie ja mitverfolgen können in den Zeitungen, läuft diese. Wir beobachten das auch und wir werden sicher nächstes Jahr die Auswirkungen teilweise zu spüren bekommen. Die US-Handelspolitik ist auch eine Unsicherheit, auf die wir uns aber deutlich schlechter einstellen können.

Der Regierungsrat möchte Defizite vermeiden und ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. Das wird sicher in den nächsten Jahren eine grössere Herausforderung. Wir haben den strukturellen Überschuss abgebaut, wir werden die Ausgaben stärker priorisieren müssen, damit die Finanzlage des Kantons weiterhin so solide bleibt. Die Hochrechnung 2025 zeigt uns auch, dass wir weiterhin in einer soliden Finanzlage sind. Wir rechnen jetzt trotz allem, was ich bisher gesagt habe, mit einem Überschuss von 48 Mio. Franken.

Der Regierungsrat teilt auch die Meinung der Kommissionsmehrheit, dass im Budget 2025 keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden sollen. Er wird dies jeweils bei den Departementen auch begründen und ich werde auch später auf den Antrag eingehen, welcher eine lineare Kürzung beantragt von 19 Mio. Franken. Der Regierungsrat lehnt diese Anträge ab, er lehnt aber auch die Anträge zur Budgetverschlechterung aus der Finanzkommission ab.

Ich möchte mich hier schon bedanken für die gute Arbeit in der Finanzkommission, auch für ihre eingehende Überprüfung des Budgets, ihren sorgfältigen Bericht und die immer sehr angenehme Zusammenarbeit.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zum Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich möchte der Finanzkommission danken für die konstruktive und interessierte Begleitung unseres Projekts der Neuorganisation der IT der Gerichte. Wie der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, sind wir hier auf gutem Weg. Wir sind im konstruktiven Dialog mit der Regierung und der IT BS und haben hier einen Weg gefunden, wie wir einerseits die Anforderungen der Gerichte an die Sicherheit unserer Daten und andererseits aber auch an einer reibungslosen Zusammenarbeit mit IT BS am besten durchführen können und haben hier eine Übereinkunft gefunden mit dem Regierungsrat, die es jetzt weiter zu konkretisieren gilt. In diesem Sinne danke ich der Finanzkommission für ihre Arbeit.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit sind wir bei den Fraktionssprechenden. Pascal Messerli für die SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Ja, es ist wieder mal so weit, wir haben Budgetsitzung, das wichtigste finanzpolitische Geschäft des Jahres für ein Parlament, wo man eigentlich selbst die Weichen stellen kann für eine gesunde und für eine nachhaltige Finanzpolitik. Nachdem das Budget in den letzten Jahren völlig kritisch durchgewunken wurde und nur die SVP-Fraktion sich gegen Mehrausgaben gewehrt hat, freue ich mich heute besonders, dass wir das erste Mal seit vielen Jahren endlich mal wieder so etwas wie eine finanzpolitische Diskussion haben.

Die SVP hat selbstverständlich auch in diesem Jahr wieder Änderungsanträge eingereicht, weil wir das Wachstum beim Kanton nach wie vor sehr kritisch sehen. Die SVP-Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu viele Ausgaben haben. Der Staat wächst seit Jahren uferlos. Hier möchte ich vorweg auch das Narrativ von der linken Seite etwas aus dem Spiel nehmen oder dem zumindest widersprechen, welche sowohl auf Bundesebene wie auch auf kantonaler Ebene immer mal wieder mit den Wörtern Spar- und Abbaupolitik kommen. Es ist das Gegenteil der Fall. Auf Bundesebene, aber auch auf kantonaler Ebene wurde in den letzten Jahrzehnten nirgends gespart und nirgends irgendetwas abgebaut, im Gegenteil, wir haben immer mehr Mehrausgaben, sowohl auf Bundesebene wie auch im Kanton. Wir sprechen in diesem Kanton jetzt von einem Betriebsaufwand von 5.7 Milliarden und werden wohl relativ bald auch 6 Milliarden erreichen. Wir haben das erste Mal über 10'000 Vollzeitstellen beim Kanton, nur alleine gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 2%. Da kann man doch wirklich nicht von Sparen oder von Abbau sprechen. Wir haben hier einfach viele Mehrausgaben und es ist keine Abbaupolitik, wenn man bei der einen oder anderen Mehrausgabe sagt, nein, dort wollen wir jetzt nicht mehr ausgeben.

Als ich in den letzten Jahren immer mal wieder kritisiert habe, dass der Kanton uferlos wächst, haben mir immer mal wieder die Finanzdirektorin, aber auch Mitglieder der Finanzkommission widersprochen. In diesem Jahr entnehme ich aus dem Bericht der Finanzkommission zumindest, dass auch auf der Seite der Regierung die Ausgabenseite nicht mehr ganz



unproblematisch angesehen wird. Das ist ja schon mal ein Anfang. Hier muss man aus Sicht der SVP-Fraktion aber dringend Lösungen finden, wie man hier dieses Wachstum auch einbremsen kann. Sehr gerne kann ich Ihnen auch mitteilen, dass die SVP-Fraktion auch in Zukunft sich für Steuersenkungen einsetzen wird. Es wurde ja auch eine entsprechend spannende Volksinitiative von der FDP als Partei eingereicht.

Leider hat auch die Finanzkommission in diesem Jahr keine mehrheitsfähigen Anträge durchgebracht, bei denen Mehrausgaben etwas eingebremst werden können. Im Gegenteil, man hat mal wieder Metzgermeister gespielt, das Budget lag auf der Waage und man ist zum Entschluss gekommen, ja, es darf noch ein bisschen mehr sein. Diese Auffassung teilt die SVP-Fraktion nicht, wir werden deshalb die Abänderungsanträge der Regierung in diesem Bereich unterstützen. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen Schulpsychologie wären, gegen diese Schulsozialarbeit, das finden wir eigentlich eine gute Sache, wir sind aber der Meinung, dass es im Rahmen des Budgets, bei einem einzelnen Standort jetzt eine Erhöhung zu sprechen, der falsche Weg ist. Vielmehr müsste man dies dann im Detail anschauen und global anschauen, wo und welcher Bedarf dann an sämtlichen Schulstandorten besteht und wo eben nicht.

Die SVP-Fraktion wird auch den Antrag unterstützen, dass departementübergreifend 19 Millionen eingespart werden können. Ich kann Ihnen aber auch hier mitteilen, dass dieser Antrag bei uns nicht nur auf Nächstenliebe gestossen ist. Weil wir delegieren mit diesem Vorgehen unsere finanzpolitische Kompetenz an die Regierung und sagen, ja, spart ihr mal. Das kann auch zu einem Boomerang-Effekt kommen, wenn der Regierungsrat dann dort spart, wo es eben nicht so populär ist zu sparen oder wo es dann doch nicht so mehrheitsfähig wäre, beispielsweise bei der Sicherheit, beim Zolli oder beim Sport. Da es aber lediglich 19 Millionen sind, welche wir hier departementsübergreifend einsparen wollen, was 0,3% des Betriebsaufwandes sind und die Kritik der SVP-Fraktion zu diesem uferlosen Wachstum in den letzten Jahren bei der Regierung auch 0,0 Gehör fand, unterstützen wir heute diesen Antrag.

Wir bevorzugen jedoch auch in Zukunft, dass man wirklich auch hinsteht und sagt, wo man konkret weniger ausgeben möchte, wo man dieses Wachstum einbremsen möchte. Das ist eine konsequente Finanzpolitik, die auch die SVP-Fraktion seit Jahren lebt und da rufen wir auch die anderen Fraktionen dazu auf, dies zu machen. Ein sehr gutes Beispiel haben wir heute gesehen, finden wir bei der Mitte, der Abänderungsantrag von Kollege Gallacchi, der auch konkret sagt, wo man sparen möchte. Das ist eigentlich auch die Aufgabe des Parlaments und so soll das eigentlich auch sein in einer Budgetdebatte, wie das auch in anderen Kantonen gemacht wird. Trotzdem werden wir diesen Antrag selbstverständlich unterstützen.

Zu den einzelnen Anträgen der SVP-Fraktion werden wir uns separat äussern. Hier vielleicht noch formell eine Bemerkung, es hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen im Dokument, wo bei zwei Abänderungsanträgen das Budget 2024 draufsteht. Das kann ja auch mal passieren, gemeint ist selbstverständlich das Budget 2026. Wir bitten Sie insbesondere, sämtlichen Abänderungsanträgen zuzustimmen und werden uns nachher dann dazu äussern.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die FDP hat Daniel Seiler das Wort.

*Daniel Seiler (FDP):* Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Den einen oder anderen wird das ja bekannt vorkommen, wir haben das jetzt schon ein paarmal gesagt. Die FDP hat auch in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass wir Richtung negative Zahlen laufen. Wir haben auch immer mal gesagt, wir sollten doch den Franken auch einmal, zweimal umdrehen, bevor das Geld ausgegeben wird. Wir haben dazu aufgerufen, hier im Saale etwas zurückhaltender zu werden mit neuen Aufgaben, neuen Ideen, leider ohne Erfolg. Immer wieder kommen neue Ausgaben und Ideen dazu. Das zeigt sich auch im Budget 2026. 240 neue Stellen, ohne die Gerichte, sollen zusätzlich geschaffen werden. Die Kreativität scheint fast keine Grenzen zu haben. Sie haben schon einiges vom Präsidenten vernommen, wir werden über einiges heute auch noch debattieren.

Mit dem Budget 2026 sind wir eigentlich schon in den roten Zahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad, Sie haben es gehört, fällt unter 50%. Wir läuten also oder haben es schon eingeläutet, das Zeitalter der Schuldenmacherei. Bei all diesen Einnahmen, die trotzdem immer wieder wachsen, schaffen wir es nicht mehr, das Geld aufzutreiben für diese Investitionen, die zugegebenermassen hoch sind. Aber der Selbstfinanzierungsgrad, der letztes Jahr noch bei 90% war, soll jetzt auf 50% reduziert werden. Die Nettoschulden steigen, die Bruttoschulden sind bei 4.5 Mrd. Da sind wir schon länger pro Kopf in der Champions League in der ganzen Schweiz, das wird immer wieder ein bisschen vergessen. Und dann, wenn wir auf den Finanzplan schauen für die nächsten drei Jahre, da stürzt der Selbstfinanzierungsgrad nochmal ab, ist noch bei einem Drittel vom letzten Jahr. Die Schulden nehmen stark zu, die Nettoschulden gehen auf 1.2 Mrd., die Bruttoschulden knacken fast schon die 6 Milliarden-Grenze, was deutlich mehr ist wie der gesamte Haushalt. Und wir werden es nächstes Jahr voraussichtlich auch nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Wir gehen von einem Minus von 19 Mio. aus, im 2028 sind es dann 64 Mio. und im 2029 83 Mio.

Leider müssen wir wirklich davon ausgehen, Sie haben es gehört von der Finanzdirektorin, dass wir jetzt langsam negative Zahlen haben werden im Budget. Darum hat eben auch die Minderheit der Finanzkommission gefordert, dass wir diese 19



Millionen, die wir nächstes Jahr erwarten, schon in diesem Budget reduzieren, damit wir nicht in das strukturelle Defizit reinkommen. Was wir nicht vergessen dürfen, nächstes Jahr diskutieren wir auch über dieses Prämienvorbilligungspaket. Da redet man von Dutzenden, gar von 100 oder 150 Mio. zusätzliche jährliche Kosten. Wie wollen wir diese Kosten tragen? Ich mache mir wirklich Sorgen um den Haushalt, wenn wir so weitermachen, schaffen wir es nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, das wird nicht akzeptabel sein.

Darum haben wir unsere Forderungen formuliert, diesen Änderungsantrag und mit diesem Änderungsantrag haben wir klar darauf hingewiesen, da sind wir nicht ganz der gleichen Meinung wie der Kollege Messerli, dass wir punktuell hingehen müssen, sondern nein, wir sind eigentlich der Meinung, dass der Regierungsrat und die Verwaltung am besten wissen, wo diese Kosten eingespart werden, wo punktuell der Fokus gesetzt werden kann oder ob es halt dann linear gemacht werden muss. Daher bittet Sie die FDP, diesem Änderungsantrag zu folgen. Ich persönlich werde keinen Kürzungsantrag unterstützen, weil ich der Meinung bin, dass das in der Kompetenz der Regierung ist. Aber über weiteres werden wir nachher noch diskutieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

*Tobias Christ (GLP):* Wir von der Fraktion der GLP können uns den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission weitgehend anschliessen, was die allgemeine Würdigung des Budgets betrifft, insbesondere auch dem am Schluss ausgesprochenen Dank. Das Budget 2026 sieht einen kleinen Überschuss vor bei einem sehr hohen Investitionsvolumen und einem Selbstfinanzierungsgrad von gut 47%. Die Nettoschuldenquote bleibt deutlich unter der Grenze der Schuldenbremse. Der Finanzhaushalt präsentiert sich damit zwar solide, aber mit schmalem Puffer, da Ausgaben, Investitionen und Stellenbestand weiter stark wachsen und der Finanzplan ab 2027 wieder Defizite vorsieht.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die GLP den grundsätzlichen finanzpolitischen Kurs, erwartet aber, dass die durchaus politisch gewollten Ausbauschritte, etwa beim Lohnpaket in Bildung, Gesundheit, Sozialem und mit dem Standortpaket, konsequent mit Priorisierung, Etappierung und Effizienzsteigerungen verknüpft werden. Entscheidend ist, dass Digitalisierung und Projektmanagement tatsächlich zur Dämpfung des Ausgabenwachstums beitragen und nicht umgekehrt neue Strukturen ohne erkennbaren Mehrwert schaffen. In diesem Sinne begrüssen wir die einstimmig von der Finanzkommission empfohlene Ergänzung der generellen Ausgabenüberprüfung mit einem konkreten Entlastungsziel, welche demnächst durch den Grossen Rat behandelt und dann hoffentlich mit grosser Mehrheit verabschiedet wird. Ebenfalls zielt meine schriftliche Anfrage betreffend Förderung der agilen Verwaltung durch den Einsatz von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz in genau diese Richtung.

Bemerkungen zu den Departementen. Beim BVD gehören steigende Beiträge für den ÖV, zusätzlicher Personalaufbau und hohe Investitionen in Stadtentwicklung, Unterhalt, Winterdienst und Veloinfrastruktur zu den wichtigsten Treibern des Kostenwachstums. Inhaltlich decken sich die Schwerpunkte ÖV-Ausbau und Elektrifizierung, Stadtklima, sichere Velorouten und Schulwegsicherheit weitgehend mit der GLP-Linie, weshalb diese Investitionen grundsätzlich mitgetragen werden, aber von einem strikten Kosten- und Projektcontrolling begleitet sein müssen.

Im Erziehungsdepartement steigt der Betriebsaufwand im Budget 2026 um gut 61 Mio. Franken, was sich nur teilweise mit wachsenden Schülerzahlen erklären lässt. Aus GLP-Sicht besteht hier das Risiko zunehmender struktureller Ineffizienzen, weshalb Transparenz über Wirkungen und Kosten der zahlreichen Massnahmen unerlässlich ist.

Bei der integrativen Schule hat das ED verschiedene Entlastungs- und Unterstützungsangebote eingeführt mit dem Ziel, Notmassnahmen, Spezialangebote und Einzelbeschulungen zu reduzieren. Evaluert werden soll dies aber erst im Schuljahr 2028-2029. Gleichzeitig zeigt der Budgetbericht, dass der Bedarf an sonderschulischen Angeboten stark steigt, zusätzliche Klassen, etwa in der Waldschule Pfeffingen, nötig werden und die Zahl separativ Beschulter zunimmt, was die Frage aufwirft, ob wir mit der integrativen Schule, die wir als GLP bekanntlich grundsätzlich unterstützen, so auf dem richtigen Weg sind und ob nicht weitere Justierungen nötig sind.

Zur Schulsozialarbeit stellt die Finanzkommission klar fest, dass die personellen Ressourcen, insbesondere auf der Primarstufe unzureichend sind. Die GLP erachtet es als falsch, die von der Kommission beantragten zusätzlichen Stellen wieder zu streichen und empfiehlt, am Kommissionsantrag festzuhalten, um ein seit Jahren bekanntes strukturelles Defizit endlich anzugehen.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement ist die Aufstockung um sechs Stellen bei der Staatsanwaltschaft vor dem Hintergrund der revidierten Strafprozessordnung unbestritten. Kritischer beurteilt die GLP hingegen den Aufbau von elf zusätzlichen Stellen für Projektsteuerung und Management. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Projektstruktur beim zügigen Abbau der vielen Projekte hilft und eine Effizienzsteigerung erzielt werden kann.



Bei den Gerichten wird die Erhöhung um rund 11.4 Stellen, insbesondere im Zusammenhang mit der ZPO- und SchKG-Revision sowie der IT-Entflechtung vom Kanton als sachlich begründet und notwendig beurteilt. Wichtig ist, dass die mit der eigenen IT verbundenen Mehrkosten durch Effizienzgewinne, Stabilität und mehr Unabhängigkeit auch tatsächlich kompensiert werden.

Im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist festzuhalten, dass der Aufwand in der Sozialhilfe trotz sinkender Fallzahlen weiter steigt. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Basel und die aktuelle Tendenz zu mehr Neuanmeldungen im Bereich Arbeitslosigkeit sieht die GLP mit Besorgnis.

Nun noch zu den verschiedenen Anträgen, insbesondere zum Antrag um Verbesserung um 19 Millionen, von dem Daniel Seiler vorher auch schon gesprochen hat. Die Anträge, die jetzt noch von der SVP gekommen sind zu Budgetverbesserungen, konnten wir nicht mehr als Fraktion eingehend diskutieren, aber ich werde nachher vielleicht noch dazu sprechen, wenn wir dazu kommen.

Die GLP-Fraktion unterstützt den allgemeinen Verbesserungsantrag zur Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken, weil damit ein Signal für mehr Effizienz in der wachsenden Verwaltung gesetzt wird. Erwartet werden Prozessoptimierungen, ein konsequenter Einsatz von Digitalisierung und der Abbau von Doppelspurigkeiten, so dass alle geplanten Leistungen weiterhin erbracht werden können. Der Antrag überlässt dem Regierungsrat richtigerweise die konkrete Umsetzung, linear über alle Dienststellen oder gezielt differenziert. Hier will ich nochmal betonen, dass Transferaufwände explizit ausgenommen sein sollten. Das ist leider nicht explizit so formuliert im Antrag, aber ich denke, implizit ist es klar, dass es so gemeint sein muss, weil dort auch gar kein Spielraum besteht oder auch beispielsweise bei Abschreibungen. Also es zielt jetzt klar auf Personalaufwand und Sach- und Betriebsaufwand. Und das meinetwegen linear zu verteilen, das ist möglich technisch, sonst kann ich dann auch helfen, dazu braucht man keinen Doktor in Mathematik. Aus grünliberaler Sicht würden damit keine Leistungen abgebaut, sondern das Wachstum der kantonalen Bilanz gebremst und der finanzpolitische Handlungsspielraum für die kommenden Jahre gesichert.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die BastA hat Patrizia Bernasconi das Wort.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Das Budget 2026 zeigt auf den ersten Blick ein angespanntes Bild. Der ursprünglich vom Regierungsrat ausgewiesene Überschuss von knapp über 3 Mio. Franken wirkt im Vergleich zu früheren Budgets bescheiden. Auch die prognostizierten roten Zahlen für 2027 und 2028 könnten den Eindruck erwecken, Basel-Stadt bewege sich finanziell an der Grenze des Machbaren. Doch dieser Eindruck täuscht. Zwar sind die kommenden Jahre von Unsicherheiten geprägt, steigende Beiträge an den nationalen Finanzausgleich, höhere Betriebskosten, geopolitische Spannungen sowie unsichere Gewinnausschüttungen der Nationalbank. Gleichzeitig verfügt der Kanton aber weiterhin über finanziellen Handlungsspielraum. Insbesondere die rund 400 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem OECD-Fonds zeigen klar, es besteht Spielraum, diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen.

Ich sage nichts Neues. Wir von der BastA haben das Basler Standortpaket kritisch bis ablehnend begleitet, aber auch wenn das Referendum zum Standortpaket nicht Obsicht hat, müssen wir und wollen wir diese Fonds weiterhin kritisch begleiten. Diese beiden neuen Fonds sollen jährlich zwischen 150 und 500 Mio. Franken erhalten, für 2026 sind 400 Mio. Franken geschätzt. Das ist eine gigantische Summe. Geld, das eigentlich der Allgemeinheit zugutekommen sollte, wird in weitergehenden intransparenten Fonds gebunden.

Die aktuelle Budgetlage bestätigt unsere kritische Haltung. Indem so viel Geld abgezweigt wird, auch wenn nur geschätzt, schränkt der Regierungsrat den Handlungsspielraum von dringend notwendigen Investitionen ein. Geld, das in Bildung, soziale Unterstützung, Klimaschutz oder bezahlbaren Wohnraum fließen könnte, ist faktisch blockiert. Was uns aber am meisten stört, ist, dass der Regierungsrat für die kommenden Jahre ein Schreckensszenario zeichnet. Dieses Szenario ist nicht aufrichtig, denn gemäss Standortförderungsgesetz entscheidet der Regierungsrat zwar über die jährliche Zuweisung an die Fonds, muss aber dabei den Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts berücksichtigen und das ist richtig so, damit die Finanzierung der Staatsaufgaben nicht gefährdet wird. Mit anderen Worten, die dramatisierte finanzielle Lage ist keine Naturgewalt, sondern das Resultat politischer Entscheide. Defizite sind also nicht unvermeidbar, der Regierungsrat hat es in der Hand. Eigentlich nach unserem Verständnis hätte er eine schwarze Null budgetieren müssen, auch die zukünftigen Budgets sollen ausgeglichen sein.

Gleichzeitig nehmen die Aufgaben zu. Um nur einige wenige Beispiele aus dem Bereich Erziehung und Sport zu nennen, es braucht mehr Schulräume, bestehende Schulhäuser müssen gegen Hitze geschützt werden, bezüglich Prävention ist der Lehrplan 21 noch immer nicht vollständig umgesetzt. Es fehlen Sportplätze, auch für Randsportarten. Das sind keine neuen Wünsche, das sind bekannte und dringende Aufgaben. Trotzdem befinden wir uns bereits in einer Sparlogik. Die vom Regierungsrat angemahnte Priorisierung wird sowohl im Budgetbericht als auch im Bericht der Finanzkommission mehrfach erwähnt. Ausgaben sollen effizienter gestaltet werden. Doch hier müssen wir sehr genau hinschauen. Priorisieren darf nicht bedeuten, dass notwendige öffentliche Leistungen gekürzt werden. Bildung, Gesundheit, soziale Unterstützung, öffentlicher



Verkehr und Klimaschutzmassnahmen dürfen nicht zu Sparobjekten werden. Priorisierung muss heissen, dass Mittel dort eingesetzt werden, wo sie für die Bevölkerung den grössten Nutzen bringen. Alles andere wäre eine Umverteilung zugunsten wirtschaftsfreundlicher oder wirtschaftsorientierter Projekte, die ohnehin schon über genügend Ressourcen verfügen.

Diese Sparlogik wird nun weitergeführt. Wir lehnen den Antrag der FDP klar ab, bereits 2026 vorsorglich 19 Mio. Franken einzusparen für ein erwartetes Defizit im Jahr 2027. Diese Logik führt in eine Sparspirale, heute 19 Mio., morgen 83 Mio., ohne konkrete Notwendigkeit, ohne klare Zielsetzung, aber mit spürbaren Konsequenzen für die Bevölkerung. Es handelt sich um symbolische Sparmassnahmen, die jedoch reale Auswirkungen auf öffentliche Leistungen haben. Wir teilen die Schwarzmalerei nicht. Den zwei Anträgen aus der Finanzkommission stimmen wir zu. Diese sind sinnvolle Aufgaben, die der Bevölkerung zugutekommen. Zudem werden wir von der BastA drei Budgetpostulate einreichen. Eines für eine neue Spielbaracke im Giesslipark eines für mehr naturpädagogische Arbeit und eines, das verlangt, dass der Regierungsrat anstelle des Bundes für die Finanzierung des internationalen Nachtzugs nach Malmö einspringt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Bericht der Finanzkommission. Wir nehmen mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die Kommission anerkennt, dass das Lohnmassnahmenpaket für die kantonalen Mitarbeitenden, insbesondere für junge Angestellte und für die Polizei, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Das finden wir auch.

Abschliessend, das Budget 2026 zeigt, dass Basel-Stadt über Handlungsspielräume verfügt. Diese werden jedoch stark eingeschränkt, indem gigantische Summen ins Standortfonds gebunden werden. Wir fordern keine vorschnellen Kürzungen bei notwendigen Leistungen, sondern gezielte Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und dem öffentlichen Verkehr. Nur so bleibt Basel-Stadt ein lebenswerter, sozial gerechter und ökologisch verantwortlicher Kanton.

Wir stimmen den Anträgen der Finanzkommission zu und lehnen die weiteren Anträge zur sogenannten Verbesserung des Budgets ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die LDP hat Olivier Battaglia das Wort.

*Olivier Battaglia (LDP):* Vor uns liegt ein Budget, das man unter dem Motto Schein und Sein stellen muss. Auf den ersten Blick präsentiert uns der Regierungsrat ein ausgeglichenes Budget, das nach allen Anpassungen der Finanzkommission mit einem minimalen Überschuss von 2.6 Mio. Franken abschliesst. Das Scheinbudget flüstert uns zu, alles in Ordnung. Doch wir als LDP lassen uns nicht von der Fassade blenden. Wir blicken auf das Sein, auf die Realität hinter den Zahlen und diese Realität zeichnet ein deutlich kritischeres Bild. Das trügerische Plus und die strukturelle Schieflage. Die Wahrheit ist, der budgetierte Miniüberschuss ist reine Kosmetik, wir verschleiern ein massives operatives Problem. Das eigentlich Betriebsergebnis des Kantons, also die Bilanz aus dem, was wir für unsere Kernaufgaben ausgeben und einnehmen, ist mit minus 277.6 Mio. Franken tiefrot. Das angebliche Plus kommt nur durch ein positives Finanzergebnis zustande, massgeblich durch eine höhere Gewinnausschüttung der BKB. Wir können doch unsere staatlichen Aufgaben nicht von der Performance der Finanzmärkte abhängig machen.

Noch alarmierender ist eine andere Kennzahl, die wahre finanzpolitische Fieberkurve unseres Kantons, der Selbstfinanzierungsgrad. Er stürzt auf magere 47,3% ab, das heisst, wir können nicht einmal die Hälfte unserer geplanten Investitionen von 546 Mio. aus eigener Kraft finanzieren. Wir leben über unsere Verhältnisse. Die logische Konsequenz nach Jahren eines soliden Nettovermögens machen wir einen historischen Schwenk und budgetieren neu eine Nettoschuld von 143.4 Mio. Franken.

Und der Blick in die Zukunft, in den Finanzplan bestätigt unsere Sorgen. Ab 2027 budgetiert der Regierungsrat strukturelle Defizite beginnend mit minus 19 Mio. Franken. Eine Minderheit der Finanzkommission, der auch die LDP angehört hat, hat genau das erkannt und eine Kürzung um eben diese 19 Mio. beantragt. Nicht als Sparübung, sondern als finanzpolitisches Signal, als Weckruf. Leider wurde dieser Antrag mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Ungebremstes Ausgabenwachstum und mangelnde Effizienz, woher kommt diese Schieflage? Die Ausgaben wachsen unkontrolliert, Personalbestände sollen um fast 248 Vollstellen anwachsen. Ja, wir anerkennen den Bedarf im Bildungsbereich und bei der Polizei, aber ein Wachstum in dieser Grössenordnung in fast allen Departementen ist ein Zeichen für einen ausufernden Staatsapparat, nicht für strategische Personalplanung. Gleichzeitig fehlt es an der nötigen Effizienz. Die Finanzkommission hat wiederholt systematische Schwächen im Projektmanagement des Kantons bemängelt. Dass IT-Projekte und Bauprojekte zu Verzögerungen kommen und zum Beispiel das Projekt Pharos bereits in der Anfangsstufe eine Verzögerung aufweist, dass im Prinzip mehrere Projekte parallel laufen, da hat die Finanzkommission äusserst grosse Sorgen, ob die Komplexität überhaupt noch zu bewältigen ist. Und bei den IWB, unserem eigenen Werk, werden die variablen Vergütungen für das Kader massiv ausgeweitet. Ein Vorgehen, das in der Finanzkommission für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zu Recht als kritisch beurteilt wurde.



Unsere konstruktive Haltung und klare Forderung, trotz dieser fundamentalen Kritikpunkte verschliessen wir uns nicht den Notwendigkeiten. Wir anerkennen, dass das Lohnmassnahmenpaket von über 17 Mio. Franken eine notwendige Investition ist, um im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte konkurrenzfähig zu bleiben. Und wir stehen uneingeschränkt hinter dem Basler Standortpaket. Es ist das zentrale Instrument zur Sicherung unserer Standortattraktivität. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die budgetierten 400 Mio. Franken aus den erwarteten Einnahmen der OECD-Mindeststeuer zielgerichtet in die Fonds für Innovation sowie Gesellschaft und Umfeld fliessen. Es ist klug, den rechtlich möglichen Rahmen hier nicht voll auszuschöpfen und die Wirkung erst zu beobachten.

Die LDP wird dem Budget 2026 zustimmen, aber wir verbinden diese Zustimmung mit einem unmissverständlichen Auftrag an die Regierung. Wir fordern eine konsequente Ausgabenbremse. Das ungebremste Wachstum, insbesondere beim Personal, muss gestoppt werden. Wir erwarten eine systematische Aufgaben- und Ausgabenprüfung in allen Departementen. Professionelles Management statt Aktivismus. Wir fordern eine Professionalisierung des Projektmanagements, um Kostenüberschreitungen und Verzögerungen wie bei vielen Projekten und Bauprojekten künftig zu verhindern. Ein glaubwürdiger Plan für nachhaltige Finanzen. Der Regierungsrat muss uns aufzeigen, wie der Selbstfinanzierungsgrad wieder auf ein gesundes Niveau zu bringen ist und die strukturellen Defizite ab 2027 verhindert werden können. Wir nehmen den Regierungsrat beim Wort, wenn er ankündigt, künftig wieder ausgeglichene Budgets vorlegen zu wollen. Wir werden ihn an diesem Versprechen messen. Es geht um nicht weniger als die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Zukunft unseres Kantons.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, der Behörden, beim Regierungsrat und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber auch vor allem unseren Steuerzahlenden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die GRÜNE/jgb hat Fleur Weibel das Wort.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Die Finanzdirektorin Tanja Soland präsentiert ein ausgeglichenes Budget fürs Jahr 2026 mit einem kleinen Überschuss von rund 8 Mio. Franken, dies nach den Anpassungen der Finanzkommission und der Anpassung der Teuerung. Das ist keine schwarze Null, sondern ein kleiner Überschuss von 8 Mio. Franken. Dazu muss gesagt werden, dass wir eigentlich ein Budget mit einem sehr viel grösseren Überschuss haben könnten. Basel-Stadt hat sich aber dazu entschieden, sämtliche Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer 1:1 in die Standortförderungsfonds fliessen zu lassen und nichts für das kantonale Haushaltsbudget einzusetzen. Insofern beschneiden wir uns hier freiwillig.

Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ist denn auch die grosse Neuerung im Budget 2026. Die Regierung geht von Steuereinnahmen von 400 Mio. Franken aus und öffnet entsprechend die beiden Fonds im Umfang von insgesamt 400 Mio. Franken. Auch das ist eine Entscheidung, die man aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb anders hätte treffen können. Angesichts dessen, dass die Unternehmen offenbar noch nicht bereit sind, auch die Beiträge aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt abzuholen, hätten wir uns hier eine zurückhaltendere Öffnung der Fonds gewünscht. So ist nämlich zu befürchten, dass die nicht abgeholten Gelder aus dem Fonds Gesellschaft und Umwelt nach ein paar Jahren ebenfalls in den grossen Innovationsfonds fliessen werden. Dies werden wir sehr kritisch begleiten.

Zu den Finanzprognosen von Tanja Soland ist mit Blick auf die letzten Budgetjahre zudem festzustellen, dass unsere Finanzvorsteherin sehr vorsichtig budgetiert. So rechnete sie im Budget 2025 ursprünglich mit einem Defizit, inzwischen ist gemäss der dritten Hochrechnung von einem Überschuss von 48 Mio. Franken auszugehen. Das prognostizierte Ergebnis hat sich also um 64 Millionen verbessert.

Angesichts dieser soliden Finanzlage, die trotz der zugegebenermassen schwierigen weltpolitischen Lage keinen Anlass für Sorgenfalten gibt, ist es sehr unverständlich, dass nun Teile der Bürgerlichen unter der Federführung von Daniel Seiler eine Sparübung mit der Brechstange durchbringen wollen. Mit einer linearen Kürzung über das gesamte Budget von 2026 hinweg soll schon jetzt auf ein Defizit von 19 Mio. Franken reagiert werden, das sich möglicherweise 2027 ergeben könnte. Dabei wurden die vorsichtigen Finanzprognosen der Regierung in den letzten Jahren immer massiv nach oben korrigiert und es besteht gerade nach der Hochrechnung zum Budget 2025 kein Anlass, weiterhin von einem Defizit im 2027 auszugehen.

Auch hat die Finanzkommission gerade erst den Bericht zur Umsetzung der Motion Christ veröffentlicht, die ein Entlastungsziel in der generellen Aufgabenprüfung forderte. Dabei war sich die Kommission einig, dass die Aufgaben gezielt auf Qualität, Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden sollen und dass es nicht um einen Abbau von politisch gewollten Leistungen geht. Was Sie nun mit dieser völlig unspezifischen Budgetkürzung bezwecken wollen, ist alles andere als konstruktive Finanzpolitik und selbst Pascal Messerli hat darauf hingewiesen, gehen Sie doch zumindest zielgerichtet vor, anstatt einfach einmal quer über das ganze Budget zu kürzen. Es kommt mir wie eine überhastete, zuletzt auch rein symbolische Sparübung vor, einfach um des Sparens Willen. Wir möchten hier unsere bürgerlichen Ratskolleg\*innen doch zu etwas mehr Gelassenheit und Umsicht aufrufen. Es gibt keinen Anlass zur Besorgung vor roten Zahlen. Selbst wenn das Budget von Basel-Stadt mal ein Defizit aufweisen sollte, zum Beispiel, weil der Kanton die massiven und ebenfalls unnötigen



Sparmassnahmen der bürgerlich dominierten Politik in Bundesbern auffangen und ausgleichen muss, dann gilt es doch immer noch zu bedenken, dass die Verschuldungsquote in Basel-Stadt weiterhin enorm tief ist. Mit 0,2 Promille liegt sie weit unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille.

Das heisst nicht, dass wir das Geld aus dem Fenster werfen wollen, auch den Grünen ist eine sorgfältige Finanzpolitik ein grosses Anliegen, gerade mit Blick auf die Zukunft. Ich zitiere Daniel Seiler und den etwas abgedroschenen Spruch; Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, wir würden hier eher sagen; investiere in der Zeit, dann beugst du der Not vor. Denn wir sind davon überzeugt, dass jetzt Investitionen und zum Teil grössere Ausgaben notwendig sind, um in Zukunft noch höhere Kosten zu verhindern und da bitte ich Sie wirklich, sich das ganz aufmerksam anzuhören, was ich Ihnen jetzt sage. Wir investieren im Moment nämlich stark in die Transformation unserer Energieversorgung. Das kostet, aber diese Investitionen machen uns im Energiebereich unabhängiger von Krisen und Preisschwankungen. Mit der konsequenten Umsetzung der Netto-Null-Ziele reagieren wir heute auf die Klimakrise und können damit, so hoffen wir, verhindern, dass uns die verheerenden Kosten der Klimakrise einst um die Ohren fliegen werden, wie wir es uns im Moment noch nicht vorstellen können, wie teuer das wird, oder dann für unsere Kinder oder Grosskinder oder Urgrosskinder. Das gleiche gilt für die immer schlechtere psychische Gesundheit der Bevölkerung. Darauf müssen wir jetzt reagieren, indem wir jetzt in die Prävention investieren und die richtigen Prioritäten setzen, ansonsten werden wir auch hier massive Mehrkosten nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch in der Wirtschaft haben.

Und genau deshalb unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb denn auch die zwei moderaten Budgetanpassungen der Finanzkommission, die das Budget 2026 insgesamt um knapp 700'000 Franken verschlechtern. Sowohl mit der Aufstockung der Personalressourcen in der Schulsozialarbeit wie auch mit zusätzlichen Mitteln für Projekte gegen Einsamkeit leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Bevölkerung, zwei sinnvolle Investitionen, die bei einem budgetierten Überschuss von immer noch 8 Mio. Franken mehr als gerechtfertigt sind. Mehr dazu dann aber in der Detailberatung.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zu den Departementen, zu denen wir uns in der Detailberatung nicht separat äussern werden.

Zum BVD. Mit dem Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung der Stadtraumgestaltungspotenzials beim Fernwärmeausbau wurden zusätzliche Kreditstellen beim Generalsekretariat, bei der Stadtgärtnerei, beim Tiefbauamt sowie beim Amt für Mobilität bewilligt. Auch für die Verteilung der Gelder des Mehrwertabgabefonds wurden interne Kapazitäten aufgebaut, um Projekte besser zu bewerten und zu bearbeiten. Beide Massnahmen sind erfreulich.

Zum Gesundheitsdepartement. Was im Gesundheitsdepartement die Kosteneffizienz steigern würde, wäre eine konsequent umgesetzte gemeinsame Spitalplanung. Wir betonen das seit Jahren. Nun scheinen aber die Kantone Basel-Stadt und Baselland in eine gegenteilige Richtung gehen zu wollen, wie die aktuelle Medienmitteilung zu den neu nur noch koordinierten statt gleichlautenden Spitalisten vermuten lässt. Diese Kursänderung der beiden Basel hin zu noch weniger gemeinsamer Planung ist aus unserer Sicht angesichts der hohen Gesundheitskosten bedenklich und es ist auch bedenklich gegenüber dem Parlament, das sich mehrfach dafür ausgesprochen hat, dass die Zusammenarbeit intensiviert wird. Es sind auch Vorstösse hierzu noch hängig.

Zum JSD. Neben der enormen Zahl an Projekten, die aktuell im JSD mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt werden können, möchten wir erwähnen, dass trotz der Stellenaufstockung bei der Stawa vor allem bei den Sexual- und Gewaltdelikten nach wie vor grosse Rückstände herrschen. Dies gilt es kritisch zu betrachten. Positiv ist hingegen, dass für die Polizeischule mehr Aspirant\*innen gefunden werden konnten. Damit der Unterbestand bei der Polizei aber nachhaltig angegangen werden kann, muss nun rasch das Lohnmassnahmenpaket umgesetzt werden.

Dann noch zum WSU. Die Anpassung des Kaderreglements der IWB, die jährlich bis zu 4 Mio. Franken Mehrausgaben bedeuten könnte, sehen wir sehr kritisch. Es stellt sich die Frage, ob man die besten Leute tatsächlich nur durch hohe Vergütungen kriegt und welches Signal das an die Bevölkerung sendet, die gleichzeitig schon höhere Kosten zu tragen hat. Es mag sein, dass der Konkurrenzdruck in diesem Bereich besonders hoch ist, allerdings scheint es in anderen Betrieben des Kantons auch ohne solche Vergütungserhöhungen zu gehen. Wir erwarten hier von der Regierung ein gründliches Monitoring und eine Berichterstattung zu den effektiven Ausgabengestaltung des neuen Kaderreglements und den Bonuszahlungen.

Mit diesen Ausführungen bedanke ich mich und beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Budget mit den Anpassungen der Finanzkommission zuzustimmen und die Sparübung, die Teile der Bürgerlichen ohne Not und ohne klares Ziel vornehmen wollen, abzulehnen. Ebenso die Anträge der SVP.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die SP hat Jessica Brandenburger das Wort.



*Jessica Brandenburger (SP):* Wir beraten heute ein Budget, das uns eines ganz deutlich zeigt, es gibt keinen einzigen finanzpolitischen Grund, jetzt abzubauen. Und genau das machen Sie, wenn Sie sagen, wir wollen 19 Millionen über alles sparen. Sie verhindern damit nicht den Ausbau von neuen Dingen, Sie bauen dort ab, bei den Dingen, die es schon gibt. Das Budget 2026 ist ausgeglichen. Wir haben ein Betriebsergebnis, das zwar negativ ist, aber das positive Finanzergebnis von 281 Millionen führt zu einem Überschuss in der Erfolgsrechnung, wir haben es gehört, von über 8 Millionen, auch weil die Teuerung so tief ist. Das ist mehr als solide und verantwortungsvoll.

Die Erträge entwickeln sich gut. Der Regierungsrat rechnet mit steigenden Steuereinnahmen. Auch die OECD-Ergänzungssteuer bringt im Budgetjahr 400 Mio. Mehreinnahmen und obwohl diese Mittel direkt wieder in diese Fonds fliessen, zeigt es eines, die Standortattraktivität und die Wirtschaftskraft in Basel bleiben hoch und das ist doch etwas, was Sie von der bürgerlichen Seite immer wieder als extrem wichtig betonen.

Die dritte Hochrechnung der Rechnung 2025 zeigt auch, wir schliessen dieses Jahr nicht wie geplant mit einem Minus von 16 Millionen ab, sondern voraussichtlich mit einem Plus von 48 Millionen. Die Lage ist solide. Die Verschuldung ist so tief wie kaum je zuvor und weit weg von jeder Gefahr. Unsere Nettoschuldenquote beträgt 0,2 Promille und liegt damit massiv unter der gesetzlichen Grenze der Schuldenbremse von 6,5 Promille. Selbst mit steigenden Investitionen wird diese Quote bis 2029 nur auf 1,3 Promille steigen, also weiterhin in einem extrem komfortablen Bereich.

Investitionen in die Zukunft sind notwendig und sinnvoll. Die Investitionen in diesem Budget umfassen dringend notwendige Vorhaben. Schulbauten, Klimainfrastruktur wie Fernwärme, Trambeschaffung, Digitalisierung, Spitalbauten und Stadtentwicklung. Diese Investitionen sind kein Luxus, sondern die Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt auch zukünftig funktioniert, sozial, ökologisch und wirtschaftlich. Die angebliche Ausgabenexplosion existiert schlicht nicht. Die Herausforderungen auf der Aufwandseite sind strukturell, etwa steigende Schüler\*innenzahlen, höhere Gesundheitskosten, Digitalisierung oder der Ausbau der Betreuung in den Tagesstrukturen. Das sind alles Bereiche, die wir hier drinnen immer wieder besprechen und in denen es demokratische Mehrheitsentscheide gibt. Das Lohnmassnahmenpaket mit rund 17 Mio. Franken im Budget ist eingestellt. Es ist eine Reaktion auf den Fachkräftemangel und notwendig, um uns zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Wir brauchen das, weil wir wollen, dass dieser Kanton weiterhin funktioniert und dass er am Laufen bleibt. Das sieht auch die Finanzkommission so. Eine unspezifische Kürzung, wie sie eine Minderheit in der Finanzkommission beantragt hat und die auch heute wieder auf dem Tisch liegt, wäre weder wirksam noch realistisch. Es besteht kein Handlungsbedarf, da das Budget ausgeglichen ist. Eine pauschale Kürzung ist einfach Unsinn. Zudem wäre sie ein Eingriff mit der Giesskanne, also genau das, was Sie auf bürgerlicher Seite, wenn es um Ausgaben geht, immer bekämpfen, weil Sie sagen, dass es keinen Sinn macht. Also bei Kürzungen gehen wir jetzt mit der Giesskanne vor, aber bei Ausgaben nicht, da müssen Sie mir dann schon noch erklären, wo die Stringenz in diesem Vorgehen ist. Es ist nicht zielgerichtet, nicht wirkungsvoll und nicht verantwortbar. Sie wollen 19 Mio. kürzen, einzig weil der Finanzplan ab 2027 Defizite zeigt. Doch Finanzpläne sind keine Rechnungen, sie sind Trendprojektionen, sie sind politisch gestaltbar. Und die Einnahmen wachsen weiter, auch gemäss Finanzplan von 2.3 auf 3.7 Mrd. Franken bis 2029. Man kann den Finanzplan nicht einfach einseitig anschauen und diese Teile herauspicken, die einem gerade passen.

Und damit kommen wir zum Grundsätzlichen, zu den Abbaufantasien der Bürgerlichen. Diese schaffen Unsicherheiten auf Kosten der Bevölkerung. Es bedeutet konkret, weniger Mittel für die integrative Schule, weniger Pflegeplätze, weniger Unterstützung für Familien, weniger Klimaschutz, weniger Investitionen in die Infrastruktur, weniger Digitalisierung, weniger Sicherheit, weniger soziale Teilhabe. Und das ist weder notwendig noch verantwortungsvoll. Unser Kanton steht finanziell hervorragend da. Wir sind einer der stärksten Finanzplätze und auch einer der stabilsten des Landes. Wir können uns öffentliche Leistungen leisten und wir müssen sie uns leisten, wenn wir Lebensqualität, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz sichern wollen. Dieses Budget ist seriös, solide und zukunftsgerichtet.

Wir von der SP bitten Sie deshalb, das Budget 2026, so wie es die Finanzkommission vorgelegt hat, anzunehmen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Remo Gallacchi für die Mitte-EVP.

*Remo Gallacchi (Mitte-EVP):* Schauen Sie mal nicht nur die nächsten drei, vier Jahre an, schauen Sie mal die letzten 16 bis 20 Jahre an. Was war da? Ich weiss es gar nicht mehr, 16 oder 20 Jahre. Durchschnittlich jährlich dreistellige Millionenbeträge im Plus, nicht ein Jahr, was ein Minus ergeben hat. Und jetzt fangen teilweise Leute hier drin an zu hyperventilieren, weil im 2027 oder im 2026 ein Minus von 19 Millionen budgetiert wird. Also schauen Sie ein bisschen weiter und was geschehen ist. Wir hatten die Rechnung 2024 anfangs dieses Jahres, ein Plus von 106 Millionen. Wir haben eine Prognose für 2025, ein Plus von 50 Millionen, vielleicht wird es ja dann noch 60 Millionen. Also die 19 Millionen, die Sie einsparen möchten, da sind wir jetzt quasi mal nicht mit den Bürgerlichen einig, diese 19 Millionen, die haben Sie in den letzten zwei Jahren schon etwa fünfmal eingespart oder sechsmal eingespart. Also schauen Sie auch, was gewesen ist.



Was wurde dann mit diesen horrenden Einnahmen gemacht? Es wurden Schulden abgebaut, teilweise wieder erhöht, wie auch immer, aber grundsätzlich wurden die letzten 16 bis 20 Jahre Schulden abgebaut. In diesen 20 Jahren kamen immer wieder dieselben Argumente. Die Steuerreform 1 kam, da hiess es, in zwei Jahren gibt es ein rotes Budget. Dann kam die Steuerreform 2, in den nächsten Jahren kommt ein rotes Budget, dann kam die Steuerreform 3, da kommt wieder ein rotes Budget. Nichts ist eingetreten, aber gar nichts ist eingetreten. Die Nettoschuldenquote ist, wie schon erwähnt, weit unter 1%, im 2029 ist es 1,3%, also weit weg entfernt von 6,5%. Also ein bisschen mehr Gelassenheit könnte man hier an den Tag legen.

Dann kommt diese Unternehmenssteuer, diese zusätzliche OECD-Steuer. Da kann man dafür oder dagegen sein, die prognostizierten Mehreinnahmen hat man dann direkt in den Fonds getan, damit man vielleicht die normale Rechnung wie üblich machen kann mit, glaube ich, dieses Jahr 300 Millionen, nächstes Jahr 400 Millionen. Der Standortförderungsfonds muss mit 150 Mio. geöfnet werden und kann bis 500 Mio. geöfnet werden. Muss aber nicht. Das ist jetzt einmal ein Fonds, den ich nicht so schlecht finde, weil man da flexibel ist mit reinschmeissen oder nicht reinschmeissen. Jetzt wurde zweimal quasi das komplette Paket dort hineingetan, ohne zu wissen, ob die Wirtschaft überhaupt den ganzen Betrag wieder beantragt und ob alles wieder gesprochen wird. Frau Soland hätte auch sagen können, wir machen anstatt 400 Mio. nur 380 Mio. in den Fonds, dann wäre das minus 19 plötzlich plus eine Million.

Es ist ein Budget und diese 19 Mio. sind in einer Streuung drin, die mathematisch einfach verschwindet. Warten wir die nächsten drei Jahre ab, vielleicht ergibt sich dann wirklich, dass die Wirtschaft maximal immer nur 200 Mio. beantragt im Durchschnitt, dann macht es auch keinen Sinn, jedes Jahr 400 Mio. in den Fonds zu tun, dann könnte man 150 Mio. in die Rechnung tun, dann sieht das Leben schon wieder völlig anders aus.

Betreffend Sparen, da gehe ich quasi einig mit der SVP. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, aus unserer Sicht Sparzwang zu machen. Das eine ist, Sie wählen konkrete Projekte aus, die Sie unterstützen oder nicht unterstützen, was die SVP seit den letzten Jahren immer wieder getan hat, mehr oder weniger mit Erfolg, aber doch konkret, wo man sparen will, so jetzt diesmal auch ein Antrag von uns, oder Sie entziehen der Regierung die Geldmittel. Nicht, indem Sie sagen, sie dürfen es nicht ausgeben, sondern sie bekommen weniger. Und weniger bekommen bedeutet, Steuersenkung. Damit können Sie quasi die Regierung zwingen, haushälterischer umzugehen.

Auch da wieder etwas nicht bürgerlich, die Bürgerlichen wollten am Anfang dieses Jahres eine Steuersenkung machen. Wir auch, gebe ich zu. Die Riehener Fraktion, welchen Couleurs auch immer, hat dies verhindert. Und jetzt ein Atemzug später, nachdem Sie eine Steuersenkung wollen, wollen Sie eine Sparrunde einläuten. Das ist jetzt etwas, das wirklich schräg in der Landschaft steht. Lassen Sie die Regierung sparen, indem Sie ihnen das Geld entziehen und Steuersenkungen machen.

Das soll jetzt aber nicht ein Freipass sein für die Linken und sagen, das Geld ist vorhanden, wir schmeissen alles raus, sondern es ist immer noch jedes Projekt anzuschauen, macht es Sinn, macht es nicht Sinn, können wir es uns leisten, können wir es uns nicht leisten, da sind wir dann unterschiedlicher Meinung und mehr das dann hier aus.

Noch ein erstes Schlusswort zu Frau Soland, im Juni verkündete sie für 2024 ein Überschuss von 106 Mio., hat dann eine Bemerkung gemacht, ich zitiere: Der strukturelle Überschuss ist abgebaut. Wir haben quasi eine schwarze Null. Mit 100 Mio. plus, naja, gut. Dann erwarte ich auch für die nächsten drei, vier, fünf Jahren, dass ein Minus von 50 bis 80 Mio. eine sehr hellrote Null ist, aber immer noch eine Null ist und nicht anfängt, auch wieder zu hyperventilieren und sagen, wir müssen sparen.

Nehmen wir die nächsten drei Jahre etwas gelassener, schauen wir, wie das Budget aussieht, schauen wir, wie die Rechnung aussieht, schauen wir, was mit dem Standortförderungspaket geht, da wissen wir nämlich noch alle nicht, wie das alles abläuft, schauen wir an, was im 2026, 2027 und 2028 passiert, und dann diskutieren wir wieder, wenn wir die Rechnungen haben, nicht das Budget, die Rechnungen, und hoffen, dass wir alle erfreut erstaunt sind, dass es dann schon wieder positiv ist. Nur damit das protokolliert wird.

Wir unterstützen das Budget der Finanzkommission und zu den einzelnen Anträgen werden wir uns dann spontan entscheiden müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Wenn wir also nächstes Jahr dann wieder hier sitzen, würde dann die Mitte ein negatives Budget unterstützen oder zurückweisen?

Remo Gallacchi: Das kommt auch von der Höhe darauf an, wenn Sie ein negatives Budget haben wie Zürich oder Waadt mit 300 und 400 Millionen, dann können wir darüber reden, dass wir es zurückweisen und sagen, so jetzt halbiert mal das



Budget. Aber wegen 20, 30, 40 Millionen die nächsten drei Jahre, wo so viele Unsicherheiten drin sind, nein, werden wir nicht zurückweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Eine nächste Zwischenfrage von David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich bin ja nicht Mathematiker, aber etwa umgerechnet, 40 Millionen mal etwa fünf mit Bevölkerung sind 200 Millionen und Sie finden 14 Millionen bei uns wenig als vertretbares Defizit?

Remo Gallacchi: Es ist ein Budget und so wie die letzten 20 Jahre budgetiert worden ist, auch noch von Frau Herzog, es ist okay, wenn man vorsichtig budgetiert und dass es dann immer ein bisschen besser kommt. Bei 40 Millionen, ja, spielt keine Rolle, wir schauen dann, wie die Rechnung ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Jenny, darf ich Sie bitten, solche Gesten zu unterlassen? Danke. Herr Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Kollege Gallacchi macht einen Grundlagenfehler. Er blickt 16 und 20 Jahre zurück und hat das Gefühl, ja, das geht in Zukunft einfach immer so weiter, weil es in der Vergangenheit so war. Das wissen wir schlicht und einfach nicht. Aber wenn Sie ein bisschen die Augen aufmachen und in der Welt herumschauen, dann sehen Sie, wie sich das Klima, das wirtschaftliche Klima, das internationale Klima deutlich verschlechtert hat. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Und was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass es auch bei uns potenziell schwieriger wird. Jetzt kann man schon sagen, ja, schauen wir mal, was kommt und dann reagieren wir vielleicht., aber es ist nicht intelligente Finanzpolitik. Intelligente Finanzpolitik bedeutet, vorauszuschauen, versuchen abzuschätzen, was auf uns zukommt und sich dann entsprechend aufzustellen.

Wir können schon sagen, ja, wir machen jetzt halt mal ein Defizit, ist ja nicht so schlimm. Aber ich sage Ihnen, ein Defizit zu verhindern von Anfang an, ist deutlich einfacher, als wenn die Defizite dann schon da sind und Sie dann mit den schmerzhaften Sparpaketen kommen müssen. Denn was wir hier tun wollen, ist ja nicht sparen, es ist das Ausgabenwachstum zu bremsen. Um das geht es hier. Und wir haben dieses Ausgabenwachstum und dieses Ausgabenwachstum, das ist massiv.

Und was bedeuten denn Defizite? Defizite führen zu Schulden, Defizite bedeuten Konsum zu Lasten künftiger Generationen, weil die künftigen Generationen sind diejenigen, die das wieder abbauen müssen. Und wir haben in den letzten Jahren viele Schulden abgebaut, das konnten wir dank der hohen Überschüsse machen. Ob das auch in Zukunft so sein wird, wissen wir nicht. Sehen wir uns die Finanzplanung an, die ja nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, da werden ja gewisse Annahmen getroffen, dann sehen Sie, dass die Schulden wieder deutlich ansteigen werden, um eine Milliarde in den nächsten vier Jahren oder drei Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also das, was wir in den letzten Jahren mühsamst abgebaut haben, bauen wir in relativ kurzer Zeit wieder auf. Und Basel-Stadt hat nach wie vor, auch wenn wir da vorwärts gemacht haben, im kantonalen Vergleich pro Kopf immer noch eine sehr hohe Bruttoverschuldung. Lassen Sie sich nicht täuschen von der Nettoschuldenquote, die Bruttoverschuldung pro Kopf ist immer noch hoch. Um das geht es.

Also man kann jetzt schon hier hinstehen und sagen, ja, bleiben wir mal die nächsten drei Jahre gelassen, schauen wir mal, aber dann kann ich Ihnen sagen, wenn es gut kommt, schön für uns alle, wenn es nicht gut kommt, dann haben wir hier drin also richtig hässliche Diskussionen, das kann ich Ihnen sagen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Weibel. Diese wird entgegengenommen.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Herr Urgese, Sie räumen damit aber auch die Möglichkeit ein, dass es gut kommen kann in den nächsten drei Jahren und dass wir deshalb ein bisschen gelassen bleiben können.

*Luca Urgese (FDP):* Gute Finanzplanung ist eben nicht, einfach auf das Beste zu hoffen, sondern konservative Finanzpolitik macht Sinn.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit sind wir am Ende der Redner\*innenliste. Herr Wullschlegler hätte das Wort, er verzichtet. Frau Soland wünscht das Wort.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich bin nicht der Ansicht, dass ich die Finanzlage dramatisiert habe in den nächsten Jahren. Die Finanzlage ist gut, sie ist sehr solide. Wir sind ein reicher Kanton, wir sind ein reiches Land. Verglichen mit anderen Ländern ist die Schweiz eines der reichsten Länder. Verglichen mit den anderen Kantonen in der Schweiz gehören wir zu den reichsten Kantonen. Also ich glaube, das ist eine Tatsache, da müssen wir uns einig sein, weil das sind Fakten. Und immer, wenn ich mit der Rating-Agentur meinen gewohnten Lunch habe mit den vielen Fragen, die Sie mir stellen, dann sagen sie mir auch immer, wir haben wirklich in der Schweiz eine sehr vorsichtige Finanzpolitik in unseren Körperschaften, wir sind sehr zurückhaltend, wir haben tiefe Schulden, wir haben alle tiefe Schulden. Von dem her ist die Ausgangslage für uns wirklich ausserordentlich toll.

Das ist ja auch schön, wir sind auf einem hohen Niveau, auch unsere Leistungen sind auf einem hohen Niveau. Es ist jetzt nicht so, dass auch der Regierungsrat in den letzten paar Jahren nicht vorwärts gemacht hat, auch Sie, wir haben auch unsere Leistungen verbessert. Ich glaube, es ist wichtig, dass man wirklich von diesem Punkt aus geht. Die Ausgangslage ist gut, ich habe nichts dramatisiert. Es schadet auch nicht, Schulden aufzunehmen. Das macht Sinn, vor allem mit unserem Investitionsniveau, weil Investitionen sind für die Zukunft. Wenn wir das nicht machen, das haben auch einige gesagt, dann wird man in 20, 30 Jahren den Preis dafür zahlen, und zwar unsere Nachkommen. Von dem her ist das auch sinnvoll.

Den einzigen Punkt, den wir etwas kritisch anschauen, ist das Aufwandwachstum. Es geht darum, sorgfältig zu schauen, welche neuen Aufgaben braucht es, wo wachsen wir, weil es viel schwieriger ist, wenn wir eine neue Leistung aufgeführt haben, die dann irgendwann wieder wegzunehmen. Daher sind wir dort vorsichtig. Also wenn Sie mir vorwerfen wollen, ich budgetiere vorsichtig, dann sage ich Ihnen, ja, beim Aufwandwachstum schaue ich sehr genau hin. Da sind wir auch im Kollegium gleicher Meinung, wir schauen alles genau an und versuchen, sehr vorsichtig zu wachsen und neue Aufgaben zurückhaltend zu übernehmen. Das scheint mir wichtig, dieser Unterschied, ich habe also, glaube ich, nichts dramatisiert.

Dann noch ein wichtiger Hinweis. Nein, die Ergänzungssteuer fliesst nicht 1:1 in den Fonds, Frau Weibel. Es tut mir leid, das ist eine Falschinformation. In den Fonds fliesst nichts automatisch. Den Fonds haben wir geschaffen, gerade weil es uns wichtig ist, dass unser Finanzhaushalt nicht aus dem Gleichgewicht kommt. Der Fonds wird jetzt budgetiert, aber erst nächstes Jahr wird entschieden, wie viel Geld genau in den Fonds fliesst. Damit haben wir mehr Sicherheit, dass eben nicht der Finanzhaushalt aus den Fugen gerät. Das heisst, auch wenn wir sagen, wir vermuten 400 Millionen, wenn wir dann sehen, das ist nicht der Fall, es sieht alles viel schlechter aus, kann man auch die Äufnung begrenzen. Das scheint mir einfach noch wichtig, das ist der Grund, warum wir das gemacht haben. Und es ist nicht so, dass alle Mehrausgaben in den Fonds fliessen. Wir haben gesagt, wenn der Finanzhaushalt es nicht trägt, wird ein Teil von den Unternehmenssteuern, den Mehrerträgen auch in den Finanzhaushalt fliessen. Und wenn Sie das Budget genau angeschaut haben und wenn Sie das auch bei der Rechnung machen, sehen Sie, dass ein Grossteil unserer Erträge auch von den Unternehmen kommt. Das scheint mir einfach noch wichtig zu sagen.

Zudem möchte ich Sie auch jetzt schon darauf hinweisen, der Kürzungsantrag von 19 Millionen, da gebe ich Remo Gallacchi recht, das ist ein kleiner Teil. Ich gebe ihm auch recht, ob wir jetzt 20 Millionen plus oder minus haben bei unserem Finanzhaushalt von 5 bis 6 Milliarden ist das schon fast kosmetisch. Das ist etwas, was ich sogar manuell absichtlich machen könnte, was ich natürlich nicht mache. Aber wir müssen schon schauen, dass wir das ganze Bild sehen. Bei 5 bis 6 Milliarden ist so ein kleines Plus oder Minus, ja, das ist ausgeglichen, das ist einfach so im Ganzen. Ich glaube, Sie sind ja Mathematiker und besser als ich, aber ja, das verstehe ich auch so. Daher sind die 19 Millionen auf unseren ganzen Haushalt kein grosser Betrag.

Es ist realistisch, dass man das kürzen kann, aber was nicht geht, Sie können das nicht delegieren. Die Regierung hat nicht die Kompetenz, nachdem Sie das Budget beschlossen haben, zu entscheiden, wo wir was kürzen. Diese Kompetenz haben wir nicht, die haben Sie. Daher haben wir, ich sage Ihnen das, damit Sie das nachher in Ruhe anschauen können, eine Liste gemacht, wie eine lineare Kürzung aussehen würde, verteilt auf alle Departemente, auf alle Dienststellen. Der Regierungsrat hat sich informieren lassen und ist der Meinung, es ist unzulässig, diese Delegation, wir können die nicht wahrnehmen, wenn, dann müsste man eine lineare Kürzung machen, verteilt auf alle Departemente und auf alle Dienststellen. Anders ist das aus unserer Sicht nicht möglich. Ich sage Ihnen das deshalb, weil die Liste, die ist da hinten dran, wir haben gedacht, da können Sie es vielleicht nachher mal noch anschauen.

Ansonsten vielen Dank für die vielen Hinweise, vielen Dank für die Diskussion. Ich habe vor allem etwas rausgehört, was ich auch mitnehmen werde. Der Finanzplan wird bei uns nicht manuell gemacht, das heisst, wir haben unsere Parameter, die werden dann eingespielt und dann gibt es eigentlich sehr häufig ein kleines Defizit. Und nein, der Regierungsrat hat nicht vor, diese Defizite tatsächlich zu machen und daher ist der Finanzplan vielleicht etwas irreführend und ich werde das mitnehmen für nächstes Jahr, wenn wir diesen aktualisieren, dass wir dort das Thema vielleicht noch etwas näher anschauen. Weil diese 19 Millionen, die kommen ja daher und selbstverständlich haben wir das nicht vor, wir haben auch dieses Jahr irgendwann mal einen negativen Betrag gehabt im Finanzplan und wie Sie sehen, haben wir Ihnen jetzt das auch nicht so vorgelegt. Aber



ich sehe, dass das wahrscheinlich zum Teil dramatisierend wirkt oder man den Eindruck hat, wir planen hier mit Defiziten, was wir nicht wollen. Von dem her nehme ich das sicher mit, dass wir den nächsten Finanzplan vielleicht nochmal anschauen, ob wir da etwas anpassen müssen. Das scheint mir ein wichtiger Punkt.

In dem Fall besten Dank für die doch mehrheitlich gute Aufnahme, für die spannende Diskussion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort hätte Frau Hanauer, sie ist nicht anwesend. Catherine Alioth verzichtet. Somit geht das Wort an Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank für die angeregte Diskussion, auch für die verschiedenen Standpunkte. Das ist in etwa auch das, was selbstverständlich in der Finanzkommission von den Meinungen her Thema war. Vielleicht ganz grundsätzlich zu dem, was Frau Regierungsrätin Tanja Soland jetzt am Schluss gesagt hat, ich glaube, das kann man sicherlich auch mit einer weiteren Zahl noch bestätigen, dass wir ein sehr reicher Kanton sind. Das sehen Sie alleine daran, wie viel Geld wir in den nationalen Finanzausgleich bezahlen. Wären wir nämlich kein so reicher Kanton, würden diese entsprechenden Zahlungen in den NFA auch nicht so hoch sein und auch nicht in den kommenden Jahren weiterhin hoch sein respektive sogar noch weiter ansteigen. Nichtsdestotrotz ist es natürlich ein Anliegen der Finanzkommission, und das wird auch im Bericht ja sehr deutlich, Frau Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt auch erwähnt, dass wir weiterhin mit ausgeglichenen Rechnungen daherkommen sollten, also sprich, dass wir schauen, dass wir bei den Ausgaben priorisieren.

Das hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme gegenüber der Finanzkommission bereits erläutert, Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt noch einmal bekräftigt, dass wir tendenziell auf der Aufgabenseite schauen müssen, dass wir dort dieses Ausgabenwachstum im Lot halten können und dabei, und da müssen wir uns auch nicht selber in die Tasche lügen, spielen zwei wichtige Dinge eine Rolle. Ein Punkt hat Frau Brandenburger in ihrem Fraktionsvotum gesagt, ein Teil dieses Ausgabenwachstums ist begründet mit dem Wachstum der Bevölkerung, mit den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das hat selbstverständlich Einfluss auf die Ausgaben des Kantons. Und ein zweiter Teil, und da müssen wir uns selber hier drinnen auch anschauen, dafür sind wir verantwortlich und nicht Regierungsrätin Tanja Soland und auch nicht der Regierungsrat, es werden hier in diesem hohen Hause, ich würde behaupten, und ich sage das wertneutral, fast Monat für Monat zusätzliche Ausgaben beschlossen oder beantragt, die über das hinausgehen, was der Regierungsrat vorgesehen hat. Herr Seiler hat dies, ich glaube, es war Herr Seiler, in seinem Votum auch schon erwähnt als ein Beispiel, die Idee dieser Prämiendeckung bei den Krankenkassen. Das wird etwas sein, was selbstverständlich, wenn es kommt, das kann man wertneutral festhalten, den Staatshaushalt zusätzlich belasten will und das war etwas, was der Regierungsrat hier in diesem Saal Ihnen beantragt hat, abzulehnen. Also auch das Parlament ist völlig unabhängig, ob Sie links, in der Mitte oder rechts stehen, teilweise dafür verantwortlich, dass dieser Finanzplan und das Ausgabenwachstum weiter ansteigt.

Der von jetzt vielen erwähnte Finanzplan der kommenden Jahre, das sehen Sie auch transparent im Budgetbericht auf Seite 12, sieht vor ein Minus von 19 Mio. im Jahr 2027, er sieht vor ein Minus von 64 Mio. im Jahr 2028 und er sieht vor ein Minus von 83 Mio. im Jahr 2029. Das ist der Finanzplan, aber Sie haben Frau Regierungsrätin Tanja Soland heute gehört, Sie haben es auch im Bericht der Finanzkommission gelesen, das Ziel bleibt selbstverständlich weiterhin, dass Ihnen ein ausgeglichenes Budget jeweils präsentiert und vorgelegt wird und das ist aber, und auch das hat Tanja Soland bereits erwähnt, sicherlich in den kommenden Jahren anspruchsvoller, weil wir diesen strukturellen Überschuss mit diversen Massnahmen abgebaut haben und deshalb sicherlich auch die Finanzlage heute nicht mehr vergleichbar ist mit von vor zehn Jahren, auch das gehört selbstverständlich zur gesamten Wahrheit dazu.

Ich bin deshalb gespannt auf dann die Detailberatung, wo wir dann vielleicht den einen oder anderen Antrag auch noch diskutieren werden und vielleicht auch namentlich diesen Antrag Seiler, den Sie hier vorliegen haben, den wir in der Finanzkommission behandelt haben und der Ihnen eine Mehrheit der Finanzkommission heute zur Ablehnung empfiehlt, wie auch der Regierungsrat das getan hat.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Eintretensdebatte ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

#### **Detailberatung des Budgets 2026.**

##### **Erfolgsrechnung**

Die Detailberatung des Budgets erfolgt nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge bekanntgegeben, danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung.



Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidualdepartement behandelt.

Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Der Antrag zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten sowie der Antrag auf Kürzung des Budgets um 19 Mio. Franken werden am Schluss beim Regierungsrat und Übriges behandelt.

Wir kommen damit zur

**Detailberatung** des Budgets 2026.

Allgemeine Themen (Kommissionsbericht, Seite 4 bis 14)

Joël Thüring verzichtet, Frau Soland hat den Saal gerade verlassen, sonst sehe ich auch keine Sprechenden. Somit gehen wir weiter.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 15 bis 22)

Joël Thüring verzichtet. Ich habe auch sonst keine Sprechenden eingetragen.

Präsidualdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates sowie drei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Danach beraten wir das Vorgezogene Budgetpostulat. Das Wort zu diesem Departement hat Joël Thüring. Er verzichtet. Conradin Cramer verzichtet ebenfalls. Fleur Weibel hat sich gemeldet.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Bevor wir zu den Änderungsanträgen kommen, möchten wir noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Präsidualdepartement machen, auf die ich vorhin in der Eintretensdebatte verzichtet habe, weil wir jetzt hier nochmal sprechen und dann auch die Änderungsanträge des Regierungsrates und der SVP, die drei Änderungsanträge besprechen werden. Ich möchte, wie gesagt, zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen machen, zunächst zur Trinkgeld-Initiative. Hier erwarten wir mit Spannung die Berichterstattung zu der ersten Vierjahresperiode, wie die Umsetzung gelaufen ist, und wir möchten vorausschicken, dass es uns wichtig ist, dass die 5% für die Jugend- und Alternativkultur korrekt berechnet und entsprechend ausgegeben werden. Bei der Gaststadt-Initiative möchten wir einfach darauf hinweisen, dass jetzt, wo Basel-Stadt vermehrt auch Austragungsort für Konferenzen sein soll, dass wir davon ausgehen, dass diese Initiative auch im Einklang mit den Klimazielen von Basel-Stadt stattfindet, Stichwort nachhaltiges Reisen, da vertrauen wir auf das Präsidualdepartement.

Und dann noch eine kritische Bemerkung zur Hauptpost, in die das Präsidualdepartement umziehen will. Hier fragen wir uns schon, warum der Kanton nicht mit einem guten Beispiel vorangeht und eine für alle statt nur für die Mitarbeitenden des PD zugängliche Dachterrasse schafft. Eine Vorbildfunktion sieht für uns anders aus und es ist aus unserer Sicht ganz klar eine verpasste Chance für einen für die Allgemeinheit zugänglichen Dachfreiraum in der Innenstadt.

Ich äussere mich jetzt auch noch zu der Anpassung der Finanzkommission, weil ich glaube, das macht jetzt dramaturgisch am meisten Sinn. Wie gesagt, zur Anpassung der Finanzkommission, und bitte entschuldigen Sie, es ist meine erste Budgetdebatte, zur Budgetanpassung der Finanzkommission, mit der der Sach- und Betriebsaufwand des Präsidualdepartements um 1800 Franken erhöht werden soll, damit Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe gefördert werden, hier möchten die Grünen/jgb ihre Zustimmung aussprechen. Ich habe das bereits in der Eintretensdebatte gesagt, dass wir diese Anpassung der Finanzkommission unterstützen und den Änderungsantrag der Regierung ablehnen werden. Einsamkeit stellt ein wachsendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem dar, das erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die psychische wie physische Gesundheit der Betroffenen hat. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden sieben freiwillige Projekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt und wir erachten es als sehr sinnvoll, dass mit relativ geringem Ressourceneinsatz hier weiterhin in den Quartieren eine grosse Wirkung entfaltet werden kann und beantragen deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen und der Budgetanpassung zuzustimmen.

Die drei Änderungsanträge der SVP, die uns seit gestern Nacht vorliegen, lehnen wir allesamt ab. Dies schon alleine aufgrund der Kurzfristigkeit, vor allem aber auch aus inhaltlichen Gründen. Insbesondere der jedes Jahr wiederkehrende und mehr oder weniger gleichlautende Kürzungsantrag bei der Abteilung für Gleichstellung und Diversität bleibt aus unserer Sicht inhaltsleere Symbolpolitik. Schliesslich beantragen wir auch, dem Vorgezogenen Budgetpostulat von Tonja Zürcher zuzustimmen. Vielleicht äussere ich mich nochmal nach den Änderungsanträgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Möchte Herr Cramer das Wort? Generelle Debatte zum Präsidualdepartement.



*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Ich hätte nicht gedacht, dass wir jetzt in der Budgetdebatte über die Hauptpost sprechen, aber wenn das aufgegriffen wurde, dann beschäftigt es offenbar sehr. Wir haben dazu ja auch die Motion von Luca Urgese beantwortet, das ist auch im Rahmen dieser Sitzung noch später traktandiert. Ich möchte aber jetzt im Rahmen der Budgetdebatte doch anmerken, dass wir keine Budgetmittel haben für die Anmietung von privaten Flächen, um diese dann für öffentliche Rooftop-Nutzungen der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Dafür haben wir keine Budgetmittel, die müssten Sie also einfordern, vielleicht mit einem Budgetpostulat. Ich bin auch der Meinung, wir hätten gar keine gesetzliche Grundlage für so etwas, also hier müsste man dann wahrscheinlich auch mit einer Motion vorgehen. Wenn Sie das wünschen, dass der Kanton mehr staatliche Rooftops betreibt, dann wäre das wohl der richtige Weg, das so einzubringen. Und sonst danke ich für die stillschweigende und entsprechend gute Aufnahme des Budgets.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Das Thema Hauptpost kommt natürlich nicht von ungefähr, Herr Regierungspräsident, wir haben uns dazu im Budgetbericht verlautbaren lassen. Die Finanzkommission beurteilt allerdings nicht, ob eine Terrasse öffentlich genutzt werden soll oder nicht. Was die Finanzkommission auch jetzt dann in Kenntnisnahme der Beantwortung der Interpellation Urgese, aber sicherlich, das haben wir auch angekündigt im Budgetbericht oder indirekt angekündigt mit unserem Budgetbericht, diskutieren und anschauen werden oder wollen, ist die Situation der Mietkosten. Da gibt es ja seitens des Regierungsrates gewisse Zusicherungen und die Finanzkommission wird darüber sicherlich noch in Austausch gelangen mit dem Präsidialdepartement.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zum Änderungsantrag des Regierungsrates.

Massnahmen zur Prävention von Einsamkeit (Budgetbericht FKom, Seite 24)

Erfolgsrechnung

Verbesserung um 180'000 Franken.

Herr Cramer verzichtet, Herr Thüring verzichtet, ich habe Julia Baumgartner eingetragen.

*Julia Baumgartner (SP):* Einsamkeit ist weit verbreitet in unserer Gesellschaft und das nicht erst seit Covid, obwohl die Pandemie die Tendenz sicherlich verstärkt hat. Sie ist über alle Generationen hinweg verbreitet und sie macht krank. Einsamkeit ist nicht laut, Einsamkeit ist leise und unscheinbar, denn Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, ziehen sich zurück. Umso wichtiger ist es, dass wir als Kanton hinschauen, dass wir Präventionsprojekte unterstützen in den Quartieren, nahe bei den Menschen. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden im Jahr 2024 sieben Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt. Der Regierungsrat hat damals in seiner Antwort zur Motion von Pascal Pfister festgehalten, dass für Projekte ab 2026 entsprechende Mittel im Budget bereitzustellen sind. Die Finanzkommission hat für das Budget 2026 entsprechend einen Antrag zur Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements gestellt. Eine Erhöhung um 180'000 Franken, um bereits bestehende Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe zu fördern. Der Betrag ist eindeutig überschaubar, der Nutzen dafür hingegen sehr gross, denn Einsamkeitsprävention ist auch Gesundheitsprävention. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen und den Änderungsantrag des Regierungsrats abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Herr Cramer wünscht das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Vielen Dank für diesen Antrag. Der Regierungsrat bittet Sie, ihn abzulehnen. Einerseits einfach deshalb, weil wir Ihnen ein Budget vorlegen und dieses Budget als allumfassend genügend betrachten und im konkreten Fall jetzt hier, wenn es um diese zusätzlich 180'000 Franken für Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention geht, aus zwei besonderen Gründen. Der erste Grund ist, dass der Grosse Rat im Mai diesen Jahres Gelder für das gemeinsam mit der Gesundheitsförderung Schweiz finanzierte Pilotprojekt bewilligt hat. Das Pilotprojekt nennt sich kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 bis 2028. Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen Prävention und Intervention bei von Einsamkeitsgefühlen betroffenen jungen Erwachsenen gestärkt werden. Das Pilotprojekt ist eine gute Sache, aber es ist eben erst angelaufen und ein Pilotprojekt macht man ja deshalb, um



eben dann Erkenntnisse und Erfahrungen daraus zu gewinnen, die dann in die Konzeption neuer Projekte einfließen können.

Und zweitens, das ist der zweite Grund für den Ablehnungsantrag des Regierungsrats, zweitens arbeiten wir seitens Regierungsrats, konkret bei mir im Präsidialdepartement, gemäss Ihrem Auftrag derzeit daran, eine kantonale Strategie zur Reduktion von Einsamkeit vorzulegen und diese Strategie wird im nächsten Jahr vorliegen. Im Anschluss an die Verabschiedung dieser Strategie ist dann vorgesehen, dass allenfalls bestehende Angebotslücken durch einen Aktionsplan geschlossen werden können und wenn dieser Aktionsplan vorliegt, dann werden wir auch abschätzen können, ob allenfalls finanzielle Mittel notwendig sind und wo finanzielle Mittel ihre grösstmögliche Wirkung entfalten können. Also wie gesagt, zuerst müssen Strategie und Aktionsplan erarbeitet werden, erst dann wissen wir, wo allenfalls finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden können und deshalb bitte ich Sie, diesen Budgeterhöhungsantrag für das Jahr 2026 abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, weshalb wir nun direkt zur Abstimmung über diesen Antrag kommen.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**20 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0007881, 17.12.25 11:24:41]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* 75 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen sind für die Ablehnung des Antrags.

Es liegen nun drei Anträge der Fraktion SVP vor.

Dienststelle Gleichstellung und Diversität (Budgetbericht, Kapitel 3.2.2, Seite 57)

Erfolgsrechnung

Verbesserung des Personalaufwandes um 458'365 Franken, Verbesserung Sach- und Betriebsaufwand um 185'693 Franken.

Das Wort hat die Antragstellerin Laetitia Block.

*Laetitia Block (SVP):* Wir von der SVP beantragen eine Kürzung von 20% bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität. Weshalb? Lassen wir die Fakten für sich sprechen. Ich stelle Ihnen die Abteilung Gleichstellung und Diversität bezüglich Personal einmal vor. Fachstelle Gleichstellung, sieben Frauen, eine non-binäre Person, kein Mann. Fachstelle Integration und Antirassismus, sechs Frauen, ein Mann. Fachstelle für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, zwei Frauen, kein Mann. Administration, zwei Frauen, kein Mann. Total also wegen einer Doppelbesetzung, 16 Frauen, ein Mann, eine non-binäre Person. Ich denke, das spricht schon für sich selbst. Insbesondere bezüglich der Fachstelle Gleichstellung ist das doch erschütternd. Eine Fachstelle, die sich für Gleichstellung einsetzt, ist nicht ausgeglichen und das seit Jahren. Die Abteilung setzt sich also für Gleichstellung ein und selbst sind sie nicht mal im Personal ausgeglichen. Und es ist nicht so, als wäre Ihnen das nicht bewusst, denn wir von der SVP weisen darauf auch immer mit unseren Kürzungsanträgen auf diesen Missstand seit Jahren hin. Passiert ist nichts.

Schaut man noch etwas weiter zurück, kann man feststellen, dass in den letzten Jahren in dieser Abteilung ein massiver Stellenausbau stattgefunden hat. So wurden im Jahr 2020 noch rund vier Vollzeitstellen ausgewiesen, im Jahr 2025 sind wir bei 12. Das ist eine Verdreifachung. Wo diese gerechtfertigt sein soll, aufgrund von neuen und mehr Aufgaben, aufgrund von notwendigen Aktivitäten, erschliesst sich mir nicht, eine Verdreifachung. Eine Erhöhung, ja, mag vielleicht sein, aber sicherlich nicht ein derartiger Stellenaufbau. Man kann also nicht behaupten, dass der Mehrwert sich verdreifacht hat, dass



die Notwendigkeit verdreifacht wurde in den letzten Jahren. Wir haben hier derart viel mehr Stellen und man muss sagen, eigentlich ist es das Gegenteil, die Aufgaben haben sich reduziert. Auch dank der linken Ratsseite, die Lohngleichheitsanalysen gewünscht hat, haben wir heute schwarz auf weiss den Beweis, dass es keine Lohnungleichheit gibt oder nur in einzelnen Fällen und schon gar keine Lohndiskriminierung. Die Aufgaben werden also weniger, nicht mehr.

Und dann hier noch ein kleiner Hinweis auf den Sachaufwand. Solche Pins beispielsweise werden verteilt mit dem Hinweis, man soll diese auch tragen oder in Mails auch entsprechende Hinweise machen, um damit seine Aufgeklärtheit zu zeigen. Auf solchen Sachaufwand können wir verzichten. Das ist nun wirklich nicht nötig. Das sind Ausgaben, die wir sparen können.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über Steuergeld. Geld, das von den Leuten und den Unternehmen zuerst weggenommen werden muss, das zuerst erarbeitet werden muss, und dieser Stellenaufbau von vier auf zwölf FTEs, diese Kostensteigerung, die ist unverhältnismässig und die spricht von einem unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern. Also es ist Zeit, dass wir uns hier mässigen, dass wir sorgfältig umgehen mit den Steuergeldern, dass wir hier Zurückhaltung walten lassen. Und vielleicht noch dieser Hinweis, wir haben jetzt hier eine Kürzung von 20% gefordert, also wirklich nicht eine radikale Kürzung, das ist wirklich äusserst moderat, im Vergleich zu dieser Verdreifachung ist das wirklich fast nichts. Also ich bitte Sie deshalb, dieser 20%-Kürzung, diesem moderaten Antrag hier zuzustimmen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von Frau Nussbaumer und Frau Weibel. Sie werden entgegengenommen.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Mich würde wundernehmen zu Ihrem ersten Argument, inwiefern eine Reduktion um 20%, wie dies zu mehr männlichen Angestellten führen kann.

*Laetitia Block (SVP):* Ich möchte auf keinen Fall mehr Angestellte, sondern man muss schauen, dass man sich als Abteilung ausgeglichen ausgestaltet.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Auch von mir eine Frage zu dem Thema, werden Sie auch einen Kürzungsantrag von 20% bei den Volksschulen machen, wo viel zu viele Primarlehrerinnen arbeiten und bei der Finanzkontrolle, wo es, glaube ich, praktisch nur Männer sind oder machen Sie das systematisch einfach nur bei der Abteilung für Gleichstellung?

*Laetitia Block (SVP):* Bei dieser Abteilung ist es natürlich besonders wichtig, weil ihre Arbeit Gleichstellung ist, aber grundsätzlich spreche ich mich immer dafür aus, dass überall ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Wir waren wieder sowas von überrascht heute Morgen über diesen Kürzungsantrag, das hätten wir so überhaupt nicht erwartet. Nein, natürlich waren wir überhaupt nicht überrascht über den erneuten Angriff auf diese Arbeit. Und immer und immer wieder und alle Jahre wieder die gleichen Argumente. Gut, jetzt der Fokus auf diese Zusammensetzung, das war jetzt relativ neu in dieser Vehemenz, aber es sind schlussendlich die gleichen Argumente und die gleiche Leier. Und liebe SVP, dieser Antrag ist so was von Copy-Paste, dass Sie dieses Mal nicht mal das Jahr geändert haben im Antrag. Es steht immer noch 2024 drauf. Es ist nicht so sorgfältig, weil das Thema ist nämlich extrem wichtig.

In der SVP-Realität ist natürlich in Sachen Gleichstellung und Zusammenhalt hier in unserem Kanton und auch schweizweit längst alles erreicht. Wahrscheinlich ist für Ihr Verständnis eher zu viel gegangen in dieser Hinsicht. Deshalb reden Sie die Arbeit der Fachstelle erneut schlecht und lancieren auch dieses Jahr wieder einen Versuch, in diesem Bereich das Budget, ich würde sagen, massiv zu kürzen. 20%, das ist massive Kürzung. In der Realität, in der ich lebe, gibt es auch in unserem wunderbaren Kanton nach wie vor ein grosses Missverhältnis in der unbezahlten Betreuungsarbeit zu deutlichen Ungunsten der Frauen oder der betreuenden Person. Sie leisten nämlich, Frauen im spezifischen, immer noch 60% davon, was sich auch immer noch negativ auf ihre Karriere und ihre wirtschaftliche Situation bis auf über ein Drittel kürzere Renten im Rentenalter auswirkt. Und auch wenn das entgegen allen Fakten und jetzt ein bisschen abenteuerlich behauptet wurde, es gibt immer noch einen massiven und grossen Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.



Was auch sehr besorgniserregend ist, jedes Jahr werden immer mehr Frauen, queere Personen und auch Männer Opfer von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass Männer, besonders auch junge Männer, offensichtlich mehr und mehr unter dem Druck der traditionellen Männlichkeitsforderungen unter Druck stehen und gleichzeitig wächst bei ihnen das Bewusstsein, welche problematischen Folgen diese Verhaltensweisen haben. Es ist fatal, sie in diesem Orientierungsvakuum nur sich selbst zu überlassen. Denn mangels Unterstützung und Alternativen suchen sie im Internet, wo sie aber sehr rasch auf sehr radikale, frauenhassende Protagonisten und Inhalte treffen.

2024 haben wir das erweiterte Gleichstellungsgesetz verabschiedet, worauf ich und ich weiss, auch viele hier drin sehr stolz sind. Wir von der SP wollen eine konsequente Umsetzung dieses Gesetzes in allen Bereichen. Im LGBTIQ-Bereich sind wir aktuell noch im Aufbau und in einer zweijährigen Projektphase. Dies ist sehr wichtig und wie Expert\*innen berichten, ist die Nachfrage nach Unterstützung und Community-Building sehr gross. Diese Arbeit soll und muss weitergeführt werden.

Und zu den Themen der Diversität. Leider nehmen erwiesenermassen auch in unserem Kanton Fremdenfeindlichkeit, ja sogar Rassismus zu. Die Teilnahme am öffentlichen Leben und unserem Zusammenleben für Menschen mit Behinderung ist noch lange nicht barrierefrei, weder kommunikativ noch in der Fortbewegung in der Stadt noch in der Partizipation und Integration im Arbeitsleben. Für die Abteilung Gleichstellung und Diversität gibt es also in allen Bereichen sehr viel und wichtige Arbeit zu tun.

Zusammenfassend, wir brauchen dringend im Minimum die vollen budgetierten finanziellen Mittel für diese Bereiche und damit von uns, von der SP, ein ganz klares Nein an diesen erneuten unsäglichen Versuch, dieses Budget in diesem Bereich zu kürzen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Frau Amacher, Sie haben jetzt tiefere Löhne und tiefere Renten angesprochen. Können Sie mir die Kausalität erklären zwischen Sach- und Betriebsaufwand in der Abteilung Gleichstellung und der Rentenhöhe der Frauen, inwiefern das miteinander zusammenhängen soll?

*Nicole Amacher (SP):* Ich habe das auch nicht in diesem Zusammenhang gesagt, ich habe Themen erwähnt, die wichtig sind, dass darin noch weitergearbeitet wird. Zum Beispiel wegen des Lohnunterschieds oder weil die Frauen meistens mehr Betreuungsarbeit leisten und sie weniger Erwerbshohn haben und damit auch die Renten kürzer sind. Ich hoffe, das begreifen Sie.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Ich spreche zu diesem Antrag und auch zu den folgenden Verbesserungsanträgen der SVP. Wir haben als Fraktion diese nicht detailliert besprochen, weil sie gewohnt sehr kurzfristig kommen. Das darf man natürlich auch gerne so machen, aber für uns als GLP ist es dann schwierig, hier einheitliche Zustimmung hinzubekommen für derartige Verbesserungsanträge. Auch wenn vielleicht einzelne Anträge von einzelnen von uns möglicherweise unterstützt werden, sind wir hier quasi formal offen. Ich gehe aber davon aus, dass die meisten keine Zustimmung finden werden. Ich appelliere hier einmal mehr an meine Kollegen der SVP, das habe ich in anderen Jahren auch schon gesagt, wir sind als GLP sehr bereit, auch punktuell, anders als jetzt beim Antrag von Daniel Seiler, den wir ja nochmal besprechen werden, hinzuschauen, bei einzelnen Dienststellen Aufwandkürzungen vorzunehmen. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus Potenzial gibt, aber das bedarf einer eingehenden Analyse. Deshalb, solche Diskussionen würde ich viel lieber in der Finanzkommission schon führen und dann wären wir anständig darauf vorbereitet.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

*Franziska Stier (BastA):* Wir haben es gehört, wie jedes Jahr beantragt die SVP eine Kürzung des Budgets für Gleichstellung und Diversität und wie jedes Jahr wird so getan, als handle es sich dabei um eine harmlose Sparmassnahme, obwohl es in Wahrheit eine politische Entscheidung gegen Prävention ist. Möglicherweise auch ein wenig ideologisch gefärbt und, wie wir im Votum gehört haben, auch geprägt von tiefer Unkenntnis über die Wirkungsweise von Diskriminierung.



Meine Vorrednerin, Nicole Amacher, hat ausgeführt, dass wir 2024 ein neues Gleichstellungsgesetz verabschiedet haben. Damit wurde der kantonale Auftrag zur Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit deutlich ausgeweitet. Dieser Entscheid war richtig. Er kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Symbolpolitik reicht hier nicht.

Im Grossen Rat herrschte letzte Woche Einigkeit darüber, dass geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt bekämpft werden müssen. Uneinigkeit, das zeigt sich heute, besteht offenbar bei den Ursachen dieser Gewalt. Eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2023 unter jungen Männern in Deutschland zeigte Erschreckendes. 34% gaben an, gegenüber Frauen schon einmal handgreiflich geworden zu sein, um ihnen Respekt einzuflössen. 33% finden es akzeptabel, wenn ihnen bei einem Streit mit der Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht. 33%. 47% sind der Meinung, dass Frauen durch aufreizendes Verhalten selbst Verantwortung tragen, wenn Männer dies als Aufforderung verstehen. Fast die Hälfte. Diese Zahlen stammen nicht aus irgendwelchen Internetforen, sondern aus einer repräsentativen Befragung. Sie zeigen, Gewalt beginnt nicht mit dem Schlag, sondern mit Haltungen, die Gewalt legitimieren. Wir sprechen hier nicht von einem Randphänomen, sondern von einer tief verankerten gesellschaftlichen Problematik.

Femizide, 28 allein in diesem Jahr, sind nicht Tragödien aus dem Nichts, sie sind die Spitze einer geschlechtsspezifischen Gewaltpyramide. Ihr Fundament bilden misogynie, sexistische und queerfeindliche Haltungen, die sich im Alltag zeigen, in abwertenden Sprüchen am Stammtisch oder eben in der Chefetage, in der Normalisierung von Lohnungleichheit und in der Geringschätzung jener Arbeit, die für unsere Gesellschaft zentral ist. Darauf folgen verbale und nonverbale Grenzüberschreitungen, Catcalling, sexualisierte Kommentare, alltägliche Einschüchterungen. Viele Frauen in diesem Raum wissen genau, wovon ich spreche. An der Spitze dieser Pyramide stehen schliesslich körperliche Übergriffe bis hin zu Femiziden.

Wenn wir diese Gewalt wirklich wirksam bekämpfen wollen, müssen wir auf allen Ebenen ansetzen, präventiv und schützend. Genau hier leistet die Fachstelle Gleichstellung und Diversität ihre Arbeit. Ihre Tätigkeit ist für den Schutz unserer Leben genauso zentral wie jene der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft. Bei der Fachstelle zu kürzen heisst, weniger Prävention und weniger Prävention heisst, mehr Gewalt. Der Antrag der SVP ist deshalb kein Sparantrag, er will einen Angriff auf Prävention und Schutz und letztlich auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben. Die Fraktion BastA bittet Sie darum, diesen Kürzungsantrag klar abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort hat Regierungsratspräsident Conradin Cramer.

*Regierungsratspräsident Conradin Cramer:* Ich glaube, es wurde alles gesagt. Es ist ja, wie auch mehrfach betont wurde, nicht ganz so neu, dieser Antrag in ähnlicher Form wurde ja in vergangenen Jahren von der gleichen Fraktion auch schon gestellt. Was vielleicht schon zu vermerken ist als neue Erkenntnis, wir haben erst in diesem Jahr ein neues kantonales Gleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt und der Grosse Rat hat mit der Verabschiedung dieses Gesetzes selbst den bestehenden Handlungsbedarf im Bereich Gleichstellung ausdrücklich anerkannt. Er hat auch den kantonalen Gleichstellungsauftrag ausdrücklich als Querschnittsaufgabe über alle Departemente durch die ganze Kantonsverwaltung verankert und er hat den Auftrag auf LGBTIQ-Personen ausgeweitet. Für diese Auftragserweiterungen hat der Grosse Rat auch selbst zusätzliche Ressourcen bewilligt, insofern wäre es denkbar inkonsequent, jetzt diese Ressourcen wieder zu kürzen. Ich betone das aber nicht zu sehr, weil ich davon ausgehe, dass eine Mehrheit das auch so sieht.

Ich glaube, wichtig ist schon auch noch der Hinweis, den Frau Stier am Schluss gemacht hat, nämlich die direkte Linie von der Gleichstellung zur Verhinderung von Gewalt. Das ist ein Thema, wo wir im Kanton auch wieder über mehrere Departemente hinweg einen Akzent setzen zusammen mit dem Bund. Ich verweise da auf die aktuelle Bundeskampagne «Gleichstellung verhindert Gewalt». Und ich glaube, auch in diesem Zusammenhang wäre eine Kürzung des Budgets nicht angezeigt in den Bemühungen, die der Kanton hier zusammen mit dem Bund angeht, und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Änderungsantrag nicht zu genehmigen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Schlusswort hat Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Im Namen der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Das Wesentliche dazu hat jetzt bereits Regierungsratspräsident Conradin Cramer auch ausgeführt. Es ist auch nicht Aufgabe der Finanzkommission zu prüfen, wo in welchem Departement oder in welcher Dienststelle das Geschlechterverhältnis wie ist. Das ist nicht das, was wir als Finanzkommission machen. Wir haben es auch von Regierungsratspräsident Conradin Cramer gehört, es gab in den vergangenen Jahren nicht nur eine Aufgabenausweitung, sondern es gab auch neue Funktionen, die innerhalb dieser Dienststelle Gleichstellung und Diversität dazugekommen sind, was sicherlich auch ein Teil der Begründung



für einen gesteigerten Personal- und Betriebs- respektive Sachaufwand war. Deshalb bittet Sie die Finanzkommission, diese Streichung nicht vorzunehmen und am Antrag der Finanzkommission beim Präsidiialdepartement festzuhalten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Antrag der SVP.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**22 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0007883, 17.12.25 11:47:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen.

Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbericht, Kapitel 3.2.3, Seite 59)

Erfolgsrechnung

Sachaufwandverbesserung um 57'000 Franken.

Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Wir diskutieren sehr häufig über die Frage, wo ist jetzt eine Mehrausgabe gerechtfertigt oder wo spricht man dann von einer Abbaupolitik. Hier in diesem Bereich haben wir jetzt wirklich gar keine Abbaupolitik, das kann man jetzt wirklich nicht rechtfertigen. Und hier ersuche ich wirklich auch die bürgerlichen Fraktionen, welche jetzt insbesondere auch dafür sind, diese 19 Millionen einzusparen, dass wir hier zustimmen. Wenn wir nicht einmal die eigenen politischen Feierlichkeiten hinterfragen können, wie wollen Sie dann bitte glaubwürdig Mehrausgaben in anderen Bereichen bekämpfen und rechtfertigen, wenn wir das nicht einmal hier bei einer Feierlichkeit machen können. Wir hatten bereits im 2023 diese Feierlichkeiten rund um die Bundesratsfeier und um die Ständeratspräsidiumsfeier und jetzt haben wir Winter 2026 eine nächste Feier einer designierten Nationalratspräsidentin. Ich denke, hier ist es wirklich auch in einem verhältnismässigen Mass, wenn wir das kürzen. Andere Kantone zeigen, dass es auch mit weniger Aufwand geht. Es gibt sogar auch den Ständeratspräsidenten aus Graubünden, der ganz auf solche Feierlichkeiten verzichtet.

Und es wird immer wieder das Argument genommen, wir müssen uns doch in Bern als Kanton Basel und als Region repräsentieren und dürfen doch hier nicht sparen. Da möchte ich gerne noch eine Anekdote erzählen. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir vor ein paar Jahren diese Diskussion hatten rund um die Bundesrats- und Ständeratspräsidiumsfeier von Herrn Jans und Frau Herzog. Dort gab es ein Telebasel-Talk, meine Grossratskollegin Frau Block war dort mit Altregierungsrat Hans-Peter Wessels und er hat dann gesagt, ja, wir konnten jetzt Herrn Bundesrat Röstli genau zeigen, wo der Rheintunnel aufhört und wo der Rheintunnel beginnt. Das Resultat später war dann, dass die ganzen Fraktionen, welche in Bundesbern einen Nationalrat stellen, bis auf eine Fraktion dann diesen Rheintunnel abgelehnt haben und der Rheintunnel dann auch bei der Bevölkerung keine Mehrheit gefunden hat. Und wenn das am Ende des Tages das Resultat sein soll, dass wir hohe Feste feiern, damit wir uns besser repräsentieren können in Bundesbern und dann die eigenen Projekte noch selbst versenken, dann ist wirklich dieser Output relativ gering.

Und wenn wir jetzt irgendwie noch argumentieren, wir haben noch das Herzstück und wir müssen uns doch jetzt bei dieser Nationalratspräsidiumsfeier für das Herzstück zusammenreissen und dort lobbyieren und dann die Antwort aus Bundesbern kommt, dass das Herzstück dann 2090 statt 2095 kommt, dann können wir doch auch hier ganz klar sagen, dass ein solches Fest in dieser Höhe nun wirklich keinen Mehrwert hat für die Bevölkerung, für den Kanton Basel und für die Region. Und entsprechend, wir sagen ja nicht, dass wir gar keine Feier wollen, wie das jetzt im Kanton Graubünden der Fall ist, wir möchten einfach moderat kürzen und wenn man hier nicht kürzen kann, dann frage ich mich dann schon auch, wenn man



dann diese 19 Millionen an den Regierungsrat delegieren möchte, wo möchte man dann bitte kürzen, wenn wir nicht einmal die eigenen Feierlichkeiten in Frage stellen und auch reflektieren können.

Entsprechend bitte ich Sie, dieser moderaten Kürzung um 75'000 Franken zuzustimmen, damit wir auch ein Signal geben. Wir leben in schwierigen Zeiten, die Bevölkerung hat es nicht einfach und entsprechend ist es auch nicht immer super, wenn wir dann hier als Kanton oder auch als Grossratsmitglieder oder als Nationalratsmitglieder Feste feiern, die dann in dieser Dimension sind. Hier sind vielleicht auch 125'000 aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP genug.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Joël Thüring verzichtet, Herr Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Seit 1848 stellte unser Kanton sieben Mal den Nationalratspräsidenten und der letzte Präsident, das war Alfred Schaller, das ist schon etwas her, 1967 war das, und 60 Jahre später wird aller Voraussicht nach Nationalrätin Katja Christ den Nationalrat präsidieren können. Das ist eine grosse Ehre für unseren Kanton und auch für ihre Wohngemeinde Riehen. Und es ist, glaube ich, unbestritten, dass wir dieses Präsidium dann am 2. Dezember 2026 angemessen feiern werden, zusammen mit der Bevölkerung, zusammen mit der kantonalen und kommunalen Politik sowie mit den Mitgliedern der eidgenössischen Räte. Der Regierungsrat beantragt Ihnen dafür, 200'000 Franken ins Budget einzustellen. Diese Zahl basiert auf unseren Erfahrungswerten. Das Fest für Ständeratspräsidentin Herzog im Dezember 2023 hat Basel-Stadt 240'000 Franken gekostet, das Bundesratsfest für Beat Jans, das war ebenfalls im Dezember 2023, hat 225'000 Franken gekostet.

Tatsächlich ist natürlich diese Häufung eidgenössischer Grossfeiern ungewöhnlich, aber, das darf man auch vermerken, sie ist positiv für unseren Kanton. Wir profitieren von den Eindrücken und den Beziehungen, die diese Präsidialjahre mit sich bringen und die eben auch an diesen Feiern vermittelt und gepflegt werden. Wir möchten seitens Regierungsrats die eidgenössische Tradition der Präsidiumsfeiern nicht in Frage stellen und möchten auch unserem Ruf gerecht werden, dass, wenn Basel einlädt, es dies in würdigem und grosszügigem Rahmen tut.

Entsprechend beantragen wir Ihnen, den Kürzungsantrag abzulehnen in der Meinung, dass die erste Nationalratspräsidentin unseres Kantons und das erste Präsidium nach 60 Jahren eben eine angemessene Feier verdient, genauso wie das die Ständeratspräsidentin und der Bundesrat vor zwei Jahren verdient haben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Die Finanzkommission hält an ihrem Budget für das Präsidialdepartement anhaltend fest. Wir haben uns auch nicht intensiv mit der Frage beschäftigt, was jetzt angemessen erscheint oder nicht. Aus unserer Sicht ist dieser im Budget eingestellte Betrag entsprechend angemessen für diese Feierlichkeiten. Wir bitten Sie also, den Antrag abzulehnen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**18 Ja, 71 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0007885, 17.12.25 11:55:22]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag abzulehnen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Dienststelle Statistisches Amt (Budgetbericht, Kapitel 3.2.6, Seite 68)

Erfolgsrechnung

Personalaufwand, Verbesserung um 179'000 Franken

Sach- und Betriebsaufwand, Verbesserung um 30'000 Franken

Das Wort hat der Antragsteller Patrick Fischer.

*Patrick Fischer (SVP):* Der Regierungsrat beantragt, die Schaffung von insgesamt drei zusätzlichen Stellen im Statistischen Amt primär mit dem Ziel, interne KI-Beratungen für Dienststellen anzubieten, KI-gestützte Anwendungen zu entwickeln und ein kantonales KI-Register zu bewirtschaften. Die SVP-Fraktion anerkennt die Notwendigkeit, sich als Kanton mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der künstlichen Intelligenz auseinanderzusetzen. Insbesondere verstehen wir, dass die Einführung und Führung eines neuen kantonalen KI-Registers einen gewissen administrativen Mehraufwand generiert, weshalb wir die dafür vorgesehene eine Stelle grundsätzlich mittragen. Hinsichtlich der beantragten zusätzlichen zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützter Anwendungen und die Etablierung einer internen KI-Beratungsposition sind wir jedoch der Ansicht, dass dieser Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt zu weit geht. Die Digitalisierung und die Nutzung neuer Technologien sind zentrale Aufgaben, die jedoch primär durch Effizienzsteigerungen innerhalb der bestehenden Strukturen aufgefangen werden müssen, anstatt reflexartig neue Planstellen zu schaffen.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Aufgaben im Bereich der KI-Beratung und der initialen Toolentwicklung vorerst durch folgende bestehende Ressourcen abgedeckt werden könnten. Erstens, die notwendige Expertise und die Beratungsfunktionen können in einer ersten Phase durch die bestehenden zentralisierten IT-Dienststellen des Kantons, IT Basel-Stadt, bereitgestellt werden. Eine Zersplitterung der IT-Kompetenzen durch den Aufbau paralleler spezialisierter Einheiten in einzelnen Ämtern erachten wir als nicht zweckmässig. Zweitens, für spezifische hochkomplexe Projekte oder initiale Machbarkeitsstudien kann bei Bedarf auf externe private Expertise zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht einen flexiblen Zugang zu Spitzen-Knowhow ohne die Fixkosten dauerhaften Personalaufstockungen.

Es ist unser politisches Ziel, die Verwaltung schlank und effizient zu halten. Die beantragten zwei Stellen für die internen Anwendungsentwicklungen stellen eine unnötige Vorinvestition in interne Kapazitäten dar, deren Auslastung und Effizienzgewinn noch nicht hinreichend belegt sind. Daher beantragt die SVP-Fraktion die Streichung des beantragten Stellenzuwachses von zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützten Anwendungen. und eine entsprechende Reduktion von Personal- und Sachaufwand im Budget des Statistischen Amtes.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Dieser Antrag macht für uns gar keinen Sinn. Sie wollen immer Effizienz, sie wollen innovativ sein und jetzt gibt es hier einen Antrag, um mit den modernen Technologien weiterzugehen, damit wir Leute haben, die sich damit auskennen, damit wir auch über die Sicherheitsrisiken, die diese Technologien vielleicht mitbringen können, damit wir das fundiert haben in diesem Kanton, und das wollen Sie jetzt streichen? Es ist eine Investition, das bedeutet, sobald diese Leute angefangen haben zu arbeiten, sobald man weiss, wie es funktioniert, dann kann Effizienz gewonnen werden. Und wenn Sie jetzt hier streichen, dann werden wir halt nicht effizienter. Darum lehnen wir diesen Antrag ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Ich bitte Sie auch, diesen Antrag abzulehnen. KI ist ein wichtiger Bereich und dort liegt, glaube ich, auch ein grosser Schlüssel für den Effizienzgewinn. KI muss aber auch richtig eingesetzt werden und ich freue mich sehr, dass der Kanton hier vorangehen will, dass er auch nicht zu lange warten will, sondern jetzt sogleich einsteigen will. Wir müssen diese Thematik angehen und ich bin auch überzeugt, dass die Angliederung ans Statistische Amt ein spannender Gedanke ist, weil KI natürlich mit IT zu tun hat, aber KI hat vor allem mit viel Daten zu tun und die liegen im Statistischen Amt und ich erwarte spannende Projekte und bitte Sie darum, den Antrag abzulehnen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich unterbreche die Sitzung hiermit.

**Schluss der 41. Sitzung**

12:00 Uhr